

P R O T O K O L L
der 437. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 22. August 2023
Zeit	19.30–21.45 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Künti Karin
Mitglieder	Arn Daniel, Arnold Luc, Bähler Simon, Bärtschi Daniel, Bircher Laura, Buff Ronald, Eugster Simon, Fankhauser Suzanne, Gashi Hilmi, Grossen Gaby, Grossenbacher Franziska, Grütter K. Urs, Gubler Matthias, Häuselmann Bernhard, Held Lorenz, Lauper Reto, Legler Bettina, Legler Vanessa, Lucas Christoph, Lütolf Roland, Meichtry Helena, Messerli Patricia, Scherrer Annette, Schmitter Beat, Schnyder Kathrin, Siebenrock-Häberli Charlotte, Spycher Christian, Stein Kaspar, Thut Walter, von Gunten Adrian, Weibel Raphael, Zaccaria Angelo, Zloczower Emanuel
Stimmzählende	Koelbing Martin, Mäder Renate
Vertreter des Gemeinderats	Lack Stephan, Gemeindepräsident Bärtschi Markus, Grubwinkler Christa, Häusermann Martin, Klopstein Carole, Siegenthaler Muinde Gabriele, Wegmüller Beat
Sekretariat	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Leuenberger Martin, Leiter Hochbau/Planung, zu Trakt. 3 Rüfenacht Stefan, Naos Architekten AG, zu Trakt. 3 Schneider André, Geschäftsleiter gbm, zu Trakt. 4 Weyermann Roger, Chef Finanzen/Controlling und Stellvertreter des Geschäftsleiters gbm, zu Trakt. 4 Marti Thomas, Leiter Umwelt/Verkehr, zu Trakt. 5 Rickenbach Rolf, geschäftsführender Schulleiter, zu Trakt. 9 Balmer Sascha, Finanzverwalter, zu Trakt. 10
Entschuldigt abwesend	GGR: Beck Hanna Gantner Barbara Jordi Kevin Schenk Johanna
Protokoll	Schweizer Corinne

Traktanden

1.	Protokoll der Sitzung vom 20. Juni 2023	579
2.	Umstellung auf elektronische Publikation der amtlichen Bekanntmachungen; Änderung der Gemeindeordnung und des Reglements über die politischen Rechte	580
3.	Gesamtsanierung Schulanlage Melchenbühl, inkl. Turnhalle und Schwimmbad, und die Neugestaltung des Aussenraums; Verpflichtungskredit	583
4.	Gemeindebetriebe gbm; Kenntnisnahme der Jahresrechnung, der Spartenrechnung und des Geschäftsberichts	589
5.	Leitbild Fokusraum Bern-Ost; Kenntnisnahme	591
6.	Sitzungstermine 2024	594
7.	Postulat Arn (FDP): Unterstützung des Programms «Sport Bewegt» der Stiftung Jugendförderung Sport for Kids; Zwischenbericht und Abschreibung	595
8.	Postulat SP-Fraktion: Verdopplung des «Jugendbatzens» für alle ortsansässigen Vereine; Zwischenbericht und Abschreibung	596
9.	Postulat forum: Verwendung der Notebooks ausserhalb der Schule; Zwischenbericht	597
10.	Motion SVP / FDP zum teilweisen Ausgleich der kalten Progression durch die Erhöhung der amtlichen Werte	598
11.	Postulat forum: Vorgehen betreffend die Einführung eines durchlässigen Schulmodells an der Sekundarstufe 1	601
12.	Postulat SP-Fraktion: Jugendgerechte Wahl- und Abstimmungsinformationen	602
13.	Interpellation Grossenbacher (Grüne) / Schnyder (SP) / Grossen (forum): Stand der Umsetzung Legislaturziele Langsamverkehr	603
14.	Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen	603
15.	Neue parlamentarische Vorstösse	604

Die Vorsitzende: Ich begrüsse Euch zur 437. Sitzung des Grossen Gemeinderats (GGR) von Muri bei Bern. Es wäre mir lieb gewesen, nach dieser Ferienpause fröhlich zu beginnen. Wie die meisten von Euch aber mitbekommen haben, ist letzte Woche ein ehemaliges Mitglied des GGR, Lee Streit, in ihrem 90. Lebensjahr verstorben. Sie hatte das Ratspräsidium im Jahr 2003 inne. Ich bitte Euch in Gedenken an Lee um einen kurzen Moment der Stille.

Schweigeminute in Gedenken an Lee Streit

Die Vorsitzende: Ich danke Euch für diesen Moment und für Eure Gedanken. Wir kommen zum heutigen Ratsbetrieb. Anwesend sind 36 Ratsmitglieder. Zur Auskunftserteilung sind eine Reihe Personen anwesend: Zu Traktandum 3 Martin Leuenberger, Leiter Hochbau und Planung, und Stefan Rüfenacht von Naos Architekten AG; zu Traktandum 4 André Schneider, Geschäftsleiter gbm, und Roger Weyermann, Stellvertreter des Geschäftsleiters gbm sowie Chef Finanzen und Controlling; zu Traktandum 5 Thomas Marti, Leiter Umwelt und Verkehr; zu Traktandum 9 Rolf Rickenbach, geschäftsführender Schulleiter. Zu Traktandum 10 eingeladen, aber noch nicht anwesend, ist zudem Sascha Balmer, Finanzverwalter. Bevor wir zur Beratung der Geschäfte kommen, möchte ich Stephan Lack zum sogenannten «Case stupid» das Wort erteilen. Es ist eine Stellungnahme und keine Fragerunde. Wenn Ihr Fragen an Stephan habt, gibt es nach der Sitzung genug Raum und Zeit, um sie ihm zu stellen.

Stephan Lack (GR): Sie wissen, um was es geht. Die Meisten haben es wahrscheinlich in der Zeitung gelesen oder sonst gehört. Es geht um den Fall, der mich betraf. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Euch heute Abend persönlich zu informieren, wie das Ganze ablief. Als Privatperson habe ich es versäumt, eine private Prämienrechnung von rund CHF 1300 zu bezahlen. Ich habe ungeschickter- und dummerweise auch sämtliche eingeräumten Fristen ungenutzt verstreichen lassen. Das hat letztlich unmittelbar vor den Sommerferien eben zu der Eröffnung eines Konkursverfahrens geführt, und zwar gegen eine meiner allerdings nicht mehr aktiven, aber im Handelsregister immer noch auf mich als Inhaber eingetragenen Einzelfirma. Das wurde manchmal missverständlich aufgenommen. Ich war zuerst ziemlich geschockt und habe überlegt, was ich da angerichtet habe. Ich habe mich über mein persönliches Versäumnis sehr geärgert. Diese Angelegenheit habe ich finanziell rasch in Ordnung gebracht. Das war nur ein Teil. Ich habe die offene Rechnung beglichen. Das Obergericht hat in der Folge diesem Konkursverfahren eine aufschiebende Wirkung gegeben. Das war für mich schon einmal nicht schlecht. Am 9. August 2023 hat es das Konkursverfahren endgültig aufgehoben. Diese Angelegenheit ist somit aus finanzieller und aus juristischer Sicht bereinigt. Ich habe auch den Gemeinderat mit einer Information am 20. Juli und einer an 10. August entsprechend informiert. Ich übernehme selbstverständlich die volle Verantwortung. Ich schiebe es nicht auf meinen Haushalt oder meine Ehefrau oder meine Kinder ab. Es ist ein privates Versäumnis, und es war eine Rechnung von mir. Ich habe es schlicht «verlaueret». Ich bedaure das sehr und kann mir nachträglich auch nicht erklären, wie es dazu kam. Sicher hatte ich viel um die Ohren, aber das soll nicht als Ausrede gelten. Ihr könnt Euch sicher vorstellen, dass wohl niemand hier im Saal bereit ist, wegen CHF 1300 seine persönliche Reputation und die Reputation seiner Familie in irgendwelcher Weise aufs Spiel zu setzen. Das war sicher nie die Absicht, und es war sicher nicht die Absicht von irgendjemandem. Noch etwas, das auch bei mir selbst zu einer gewissen Verwirrung geführt hat. Es war wirklich eine private Rechnung. Sie hatte überhaupt nichts mit der Einzelfirma zu tun. Es handelt sich sogar um eine Krankenkassenrechnung, und diese ist bekanntlich privat. Es ist überhaupt nicht so, dass ich das über eine Einzelfirma abrechnen liess. Nein. Es ist so, und das habe ich mir auch von einem Anwalt

erklären lassen, dass bei einem Schuldner, der, wie in meinem Fall, gleichzeitig Inhaber einer oder sogar zweier Einzelfirmen ist – ob diese aktiv sind oder nicht, spielt keine Rolle –, das Verfahren eben ab einem gewissen Punkt immer auf dem Weg des Konkurses fortgesetzt wird. Es dehnt sich automatisch auf die im Handelsregister auf diesen Namen registrierte Einzelfirma aus. Das geschah bei mir. Die CSS hat das Konkursverfahren dann auf die Firma «SLC Stefan Lack Consulting» ausgedehnt. So kam es eigentlich überhaupt erst an die Öffentlichkeit. Nur aus genau diesem Grund. Ich sage nicht, es sei gut, dass das geschehen ist, überhaupt nicht. Aber es ist eigentlich eine private finanzielle Angelegenheit, die indirekt über den Konkurs über eine Einzelfirma ins Handelsregister kam. Das hat kurzfristig zur bekannten Mutation geführt.

Ich habe persönlich aus diesem unerfreulichen Vorfall die Lehren gezogen. Die beiden noch eingetragenen Einzelfirmen werden so rasch wie möglich gelöscht. Meine Ehefrau, die zuhause in administrativen Dingen scheinbar etwas zuverlässiger ist, wird mir in privaten administrativen Dingen tatkräftig zur Seite stehen. Es gibt kein anderweitiges Verfahren. Wir werden selbstverständlich alles nach Pendenzen durchforsten, die noch irgendwo unerledigt sein könnten. Ich bedaure diesen Vorfall. Ich möchte an dieser Stelle aber auch betonen, dass keine Drittpersonen zu Schaden gekommen sind. Es hat auch niemand Geld verloren. Die Geschichte hatte vor allem – es wissen es eben alle – eine überaus grosse mediale Aufbereitung im gesamten Kanton Bern. Wenn ich im Kanton Bern sage: Es war sogar im Beobachter, in dem ich unter dem Untertitel «Blamage» auch noch eine schweizweite Kolumne bekommen habe. Ihr könnt Euch vorstellen, dass das meine Familie und insbesondere meine Ehefrau Nicole persönlich sehr belastet hat. Ich kann Euch einfach eins sagen: Wer den Schaden hat, braucht den Spott bekanntlich nicht zu fürchten.

Ich wünsche Euch allen, dass es Euch nie so geht. Aber passiert ist passiert. Ich kann das nicht rückgängig machen. Ich blicke nach vorne. Ich versichere Euch, dass so etwas in Zukunft nicht mehr passiert, und bitte Euch, diesen Fehler aus meinem Privatbereich auch entsprechend zu entschuldigen. Ich bitte Euch aber auch, diese Sache richtig einzuordnen und gegenüber mir und meiner Familie fair zu bleiben, im Stil, wie es unsere Gemeinde Muri-Gümligen schon immer gemacht hat. Ich danke Euch bestens für das Verständnis und das Vertrauen.

Die Vorsitzende: Wir kommen zur Beratung der Geschäfte.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1. Protokoll der Sitzung vom 20. Juni 2023

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2. **Umstellung auf elektronische Publikation der amtlichen Bekanntmachungen; Änderung der Gemeindeordnung und des Reglements über die politischen Rechte**

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen Euch schriftlich vor.

Bernhard Häuselmann (GPK): Fast 70 Jahre Tradition gehen zu Ende. Schuld ist ein Entscheid des Grossen Rats des Kantons Bern von Dezember 2021. Er hat sich für die E-Publikation ausgesprochen. Das vorliegende Geschäft zeigt nun sehr gut auf, was seither von unserer Verwaltung konzeptionell und technisch alles unternommen wurde, um zu bestimmen, wie bei uns nun konkret diese Kommunikation zu den Bürgern erfolgt. Wir sehen in diesem Geschäft auch, was man an den Rahmenbedingungen auf Stufe Gemeinde noch anpassen muss.

Etwas ändert nicht: Es bleibt auch digital weiterhin eine Holschuld für unsere Bürgerinnen und Bürger. Deshalb hat die GPK schon etwas weitergedacht und diskutiert, dass später einmal eine Messung sinnvoll sein könnte, ob und wie unsere Bürgerinnen und Bürger diesen Wechsel erlebt haben und ob es vielleicht noch Anpassungen braucht. Jetzt ist aber erst einmal dieses Publikationskonzept an der Reihe und muss umgesetzt werden. Wir im Rat können heute Abend ohne weiteres auf dieses Geschäft eintreten und mit den Anpassungen in der Gemeindeordnung und im Reglement über die politischen Rechte die Basis für diesen Wechsel legen.

Stephan Lack (GR): Nach jahrelanger finanzieller Rentabilität hat sich also nicht ganz überraschend das Marktumfeld bei den Printmedien in den letzten zehn, fünfzehn Jahren markant verändert. Wie Ihr gesehen habt, hatte unsere Gemeinde in den letzten Jahren jeweils einen Überschuss von gegen CHF 200'000, den wir an den Gemeindeverband Anzeiger Region nachzahlen mussten. Das letzte Jahr war etwas speziell. Denn es folgte einem Management-Buy-out. Deshalb sind die Zahlen da etwas tiefer.

In der Zwischenzeit haben sich aber auch die gesetzlichen Grundlagen geändert. Der Grosse Rat des Kantons Bern hat am 8. Dezember 2021 die Änderung des Gemeindegesetzes betreffend die Einführung amtlicher Bekanntmachungen in elektronischer Form beschlossen. Es gibt also neu die Möglichkeit, immer noch gedruckt vorzugehen oder elektronisch oder gedruckt und elektronisch. Aber letztendlich muss es eben amtlich sein. Der GR hat diese Mitgliedschaft im Gemeindeverband aufgrund der nicht wirklich erhellenden Zukunftsaussichten vorsorglich per 31. Dezember 2023 gekündigt. Auf Antrag verschiedener anderer Verbandsgemeinden beschloss die Delegiertenversammlung des Gemeindeverbands Anzeiger Region Bern am 16. Dezember 2022 schliesslich die Auflösung des Gemeindeverbands per Ende 2023.

Der GR beantragt Euch nun nach interner Analyse, die amtliche Publikation auf der bewährten Plattform «www.epublikation.ch» zu veröffentlichen, wie Ihr lesen könntet. Aber das reicht nicht, vor allem nicht in der Anfangsphase. Uns ist klar, dass es einerseits auch die Homepage braucht, sprich vielleicht dieses Dorf-Web, eine App zusätzlich zur Homepage oder was auch immer. Es braucht sicher auch die Lokalnachrichten (LoNa), die einen aktiven Teil beitragen. Es ist uns auch klar, dass die amtlichen Publikationen im Gemeindehaus aufliegen müssen und dort eingesehen werden dürfen. Wir haben auch bei der Gemeinde Köniz nachgefragt. Sie hat bereits Anfang Jahr damit begonnen. Es wurde uns tatsächlich gesagt, sie hätten nach der Umstellung vereinzelte nicht amüsierte Rückmeldungen erhalten. Es liegt dort auf, und wenn man sich das anschaut, gibt es im Schnitt pro Tag ungefähr eine Einsichtnahme, also maximal 5–10 Einsichtnahmen auf der Gemeinde, dies bei einer Einwohnerzahl von 43'388 Personen. Ihr seht, diese Umstellung scheint nicht ein absolutes No-Go zu sein. Nebenbei bemerkt haben sie uns auch noch gesagt, dass der Anzeiger Region Bern eher bei der älteren Bevölkerung vermisst wird. Aber nicht unbedingt wegen den amtlichen Publikationen, sondern

eher wegen den Kochrezepten.

Wie Ihr sehen konntet, sollte es bezüglich Kostenfolgen, wenn es so herauskommt, wie wir planen, bei uns einem Minderaufwand von rund CHF 80'000 geben. Von dieser Seite her wäre das sicher positiv. Dem GR ist aber, wie ich vorhin angetönt habe, bewusst, dass wir insbesondere in der Übergangszeit eine bürgerfreundliche Kommunikation sicherstellen müssen, damit alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, an die Informationen zu kommen. Die Verwaltung wird darum sehr besorgt sein, dass der Zugang zu den amtlichen Publikationen allen ermöglicht wird. Wir können da sicher von unserer Nachbargemeinde Köniz profitieren. Dieser Entscheid hat eine Änderung der Gemeindeordnung zur Folge, wie Ihr lesen konntet, den letztlich eben das Volk bestätigen muss. Ich bitte Euch, dem Antrag des GR zu folgen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung der Art. 19 und Art. 29 Abs. 2 GO sowie des Art. 32 Abs. 1 des Reglements über die politischen Rechte und schliesslich weitere Wortmeldungen.

Die Vorsitzende: Ich weise darauf hin, dass in der Folge in den Artikeln 18, 34, 39, 49 und 79 des Reglements über die politischen Rechte der Begriff «amtlicher Anzeiger» durch «amtliches Publikationsorgan» ersetzt wird.

Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Ronald Buff (FDP): In der Hand halte ich ein solches Exemplar des Anzeigers Region Bern. Es ist für mich eine gern gesehene Lektüre: Das offizielle Blatt, in welchem uns die Gemeinden ihre Informationen weitergeben, einerseits alles Politische, andererseits auch Baugesuche. Es ist ersichtlich, wie sich die Gemeinden entwickeln, aber auch, ob allenfalls in meiner direkten Nachbarschaft etwas gebaut werden soll, und, wenn ja, um was es sich dabei handelt. Jetzt soll diese Zeitschrift verschwinden und ins digitale Zeitalter überführt werden. Ich bin gerne traditionell und vielleicht auch etwas nostalgisch. Trotzdem bin auch ich oder, besser gesagt, sind auch wir von der FDP der Meinung, dass dies der richtige Weg ist. Das Marktumfeld der Printmedien hat sich stark verändert, und durch die fortschreitende Digitalisierung wurde es dadurch auch finanziell unrentabel. Ich persönlich habe zwar gerne eine Tageszeitung. Wenn ich diese gelesen habe, kenne ich alle News des Tages. Wenn ich die Zeitung digital lese, kann es sein, dass ich einerseits top aktuelle News lese, andererseits aber auch News von gestern. Ganz abgesehen davon, dass ich im digitalen Raum nie fertig mit Zeitunglesen bin und minütlich immer wieder neue News erscheinen. Zurück zum Anzeiger. Früher musste man die offiziellen Informationen in gedruckter Form versenden. Es gab allerdings auch keine andere Möglichkeit, die Bevölkerung zu informieren. Dies auch aus rechtlicher Sicht. Durch die Digitalisierung und durch den Entschluss des Grossen Rats vom 8. Dezember 2021 hat sich dies verändert, sie dürfen neu auch nur elektronisch zur Verfügung gestellt werden. Uns als FDP ist wichtig, dass trotz der neuen rechtlichen Situation niemand ausgeschlossen wird. Das geschieht bei uns in Muri durch die LoNa und dadurch, dass die amtlichen Publikationen neben dem elektronischen Portal auch auf der Gemeindeverwaltung eingesehen werden können. Finanziell sind die Auswirkungen gewaltig. Die Gemeinde Muri bei Bern hat in den letzten drei Jahren beim Anzeiger anteilmässig Aufwandüberschüsse im Wert von

jährlich über CHF 100'000, teilweise sogar von über CHF 200'000 bezahlt. Im neuen System ohne gedruckten Anzeiger können gemäss diesen Berechnungen jährlich Kosten von CHF 80'000 gespart werden. Das ist Geld, das anders gut investiert werden kann. Als Beispiel seien hier die Spielplätze und eine grosse Feier zum Nationalfeiertag vom 1. August genannt.
Die FDP-Fraktion stimmt dem Antrag des GR zu.

Reto Lauper (SVP): Die Entscheidung für die Umstellung auf die elektronische Publikation der amtlichen Bekanntmachungen ist das Ergebnis einer sicher sorgfältigen Überlegung von unserem GR und eine Anpassung an die moderne Zeit. In einer Welt, die von Technologie und digitaler Vernetzung geprägt ist, ist es nur logisch, dass sich auch die Art und Weise verändert, wie eine Gemeinde ihre Informationen verteilt. Die elektronische Publikation ermöglicht uns, die Informationen effizienter, kostengünstiger und wohl auch noch etwas umweltschonender zu verteilen. Zwar ist aus den uns vorliegenden Unterlagen die Entscheidungsgrundlage des GR zwischen den beiden möglichen Plattform-lösungen nicht ersichtlich. Wir vertrauen aber darauf, dass mit der Wahl von «ePublikation.ch» der richtige Weg eingeschlagen sein sollte.

Jetzt schlage ich in die gleiche Kerbe wie Ronnie: Es wird schon ein wenig Wehmut beim Verschwinden des Anzeigers geben, und natürlich erkennen wir die Bedeutung der traditionellen Medien und die Rolle des Anzeigers Region Bern über all die Jahre in unserer Gemeinde. Die Umstellung auf die elektronische Publikation wird uns ermöglichen, die Reichweite der Bekanntmachungen der Gemeinde zu erweitern und dafür zu sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger schnell und einfach Zugang zu relevanten Informationen haben. Wenn das, wie Stephan erwähnt hat, darüber hinaus mit zusätzlichen Apps oder dem schon anvisierten digitalen Dorfplatz dereinst unterstützt werden wird, ist das sicher begrüssenswert. Es wird ebenfalls sichergestellt, dass sich diejenigen, die weniger affin oder weniger vertraut mit digitalen Medien sind, ebenfalls angemessen informieren können.
Auch unsere Fraktion wird diesen Antrag so annehmen.

Detailberatung

Art. 19 (Amtliche Publikationen, recte: Bekanntmachungen) / Gemeindeordnung
Keine Bemerkungen

Art. 29 Abs. 2 (Fakultatives Referendum) / Gemeindeordnung
Keine Bemerkungen

Art. 32 Abs. 1 (Veröffentlichung) / Reglement über die politischen Rechte
Keine Bemerkungen

Keine Wortmeldungen; Bernhard Häuselmann (GPK) und Stephan Lack (GR) verzichten auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Die Vorsitzende: Zuhanden der Volksabstimmung müssen wir das Abstimmungsresultat genau ermitteln. Aktuell sind 36 Ratsmitglieder anwesend.

Beschluss (36 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Zuhanden der Volksabstimmung vom 10. Dezember 2023 wird folgender Beschluss gefasst:

Änderung der Artikel 19 und 29 der Gemeindeordnung sowie der Artikel 18, 32, 34, 39, 49 und 79 des Reglements über die politischen Rechte.

Die Teilrevisionen treten per 1. Januar 2024 in Kraft.

3. Gesamtsanierung Schulanlage Melchenbühl, inkl. Turnhalle und Schwimmbad, und die Neugestaltung des Aussenraums; Verpflichtungskredit

Die Vorsitzende: Zur Auskunftserteilung sind Martin Leuenberger, Leiter Hochbau und Planung, sowie Stefan Rüfenacht von Naos Architekten anwesend. Am 15. August 2023 fand eine Fragestunde zu diesem Projekt statt, an der 10 Mitglieder des Parlaments teilnahmen. Die Unterlagen liegen Euch schriftlich vor.

Suzanne Fankhauser (GPK): Ich halte mich in Anbetracht der heissen Temperaturen sehr kurz. Wir von der GPK haben die Unterlagen unter die Lupe genommen und sind zum Schluss gekommen, dass sie ganz gut dargestellt sind. Das Geschäft ist sehr gut vorbereitet. Wir danken allen, die daran beteiligt sind, vielmals. Wir denken, dass es reif ist und dem GGR vorgelegt werden kann.

Carole Klopffstein (GR): Hier kommt das nächste grosse «Tütschi» unseres Sanierungsplans. Als Beilagen habt Ihr die komplette Dokumentation zu den Sanierungsmassnahmen erhalten. Ihr habt die Planbeilagen erhalten, was im Detail genau wo geplant ist, und Ihr habt auch die Berichte der Fachplanerinnen und Fachplaner erhalten, in denen die einzelnen technischen Aspekte dieser Gesamtsanierung genauer erläutert werden.

Ich möchte einen kurzen Rückblick wagen, was bisher geschah. Denn es war keine ganz einfache Sanierungsgeschichte. Wir haben es hier mit einem Gebäude aus dem Jahr 1971 zu tun. Seither fanden keine tiefgreifenden Massnahmen mehr statt. Man hat vor allem Reparatur- und Unterhaltsarbeiten betrieben. Jetzt ist die Zeit wirklich reif, dass wir einen guten Eingriff in die Gebäudesubstanz machen. Dafür hat man von Mai bis November 2017 ein zweistufiges Planerwahlverfahren durchgeführt. Damals noch mit einer komplett anderen Bestellung, und zwar einer kleinen Oberflächensanierung und einer Erweiterung des Schultrakts. Als dann schliesslich von der Kirchgemeinde signalisiert wurde, dass der Pavillon Melchenbühl zum Verkauf steht, hat man Machbarkeitsstudien für die Umnutzung des Pavillons gemacht. Das war rückblickend eine sehr gute Entscheidung. Ich werde im weiteren Verlauf dieses Votums erläutern, wieso. Das hat dazu geführt, dass man im November 2019 eine komplette Anpassung des Bauprojekts machen musste. Das hat in einem völlig neuen Vorprojekt und Erkenntnissen resultiert, was man beim Kirchgemeindehaus alles anpassen muss.

Man konnte dadurch im Sommer 2020 das Kirchgemeindehaus kaufen; die meisten von Euch waren anwesend. Ihr habt vor anderthalb Jahren, im Januar 2022, einen Verpflichtungskredit über CHF 910'000 genehmigt, damit wir die Sanierungsmassnahmen im Kirchgemeindehaus umsetzen konnten. Das ist inzwischen auch fast komplett erfolgt. Es sind noch vereinzelt Massnahmen an der Umgebung in Arbeit. Aber die Kinder der Tagesschule und auch der Kindergärten dürfen bereits in diesem Gebäude verkehren.

So haben wir das Projekt entsprechend angepasst. Ihr seht, wir haben eine kleine Schlaufe genommen. Im März 2021 konnten wir einen ersten Projektierungskredit mit einer Kostenschätzung von damals noch CHF 11,8 Mio. vorlegen. Im Verlauf der weiteren Planung und Vertiefung des Projekts musste man feststellen, dass gewisse Aspekte hervortraten, die noch nicht berücksichtigt worden waren. Namentlich fiel vor allem die Haustechnik stark ins Gewicht. Man muss sie im Grunde genommen komplett ersetzen.

Wir haben Euch danach im Juni 2022 das Vorprojekt mit CHF 13,4 Mio. vorgelegt. Das ist eine Kostenschätzung von plus/minus 15 Prozent, das möchte ich betonen. Wir haben dazu auch noch ein paar Zusatzoptionen ausgewiesen, unter anderem eine Photovoltaik-Anlage (PV-Anlage). Wir haben aus dem GGR eigentlich unisono die Rückmeldung erhalten, dass wir das weiter vertiefen dürfen, und haben das jetzt entsprechend auch in diesem Bauprojekt aufgenommen und genauer ausgearbeitet. Ja, es ist eine lange Geschichte. Es sind sieben Jahre ins Land gezogen, seit es

angestossen wurde. Ihr wisst alle, dass Bauprojekte leider nicht günstiger werden, je länger sie dauern, sondern vor allem teurer. Zusammen mit dem vertieften Erkenntnisgewinn über die Bausubstanz und die Nachbearbeitung der Pläne und so weiter haben wir leider heute ein Bauprojekt, das nicht mehr dem entspricht, was wir ganz zu Beginn einmal bestellt hatten. Wir sind inzwischen bei CHF 14,4 Mio. angekommen, wie Ihr beim Studieren der Unterlagen sicher zur Kenntnis nehmen könntet. Aber wir sind fest davon überzeugt, dass es wirklich wert ist, dieses Geld in die Hand zu nehmen. Nicht nur, um unsere Gebäude instand zu halten, sondern auch, um den Kindern in unserer Gemeinde eine lerngerechte Umgebung bieten zu können. Deshalb möchten wir bei Euch mit diesem Realisierungskredit von CH 14,4 Mio. vorstellig werden. Es geht hier um den Kostenvoranschlag Bauprojekt. Auch das versteht sich mit einer Kostenungenauigkeit von plus/minus 10 Prozent. Wenn das heute von Euch gutgeheissen wird, was ich sehr hoffe, möchten wir mit dem Kredit am 10. Dezember gerne vors Volk gehen.

Ich möchte noch kurz auf die Ziele der Sanierung hinweisen, obwohl sie Euch sicher bekannt sind. Der Zeithorizont der Nutzung sind 30 Jahre. Wir möchten mindestens acht Primarklassen unterbringen; heute sind es deren sechs. Wir konnten schon jetzt eine Entflechtung und Rücküberführung in die ursprüngliche Nutzung erwirken. Das heisst namentlich, dass die Kindergärten nicht mehr im Schulhaustrakt sind, sondern im Pavillon, und wir dort entsprechend Raum freispielen konnten.

Wir wollen unbedingt mit der Zeit gehen und alle Standards einhalten, auch speziell zum Thema Brandschutz, Barrierefreiheit und Unfallsicherheit. Wir haben eben auch noch das Thema eines Zivilschutzraums, den wir in Betracht ziehen müssen und bei dem wir natürlich auch alle Vorgaben einhalten wollen. Es geht auch um eine energetische Ertüchtigung. Wir möchten nach dem Minergie-Standard sanieren, streben aber keine Zertifizierung an. Ich habe bereits in Zusammenhang mit dem Gemeindehaus einmal erläutert, dass die letzten paar Prozente, die es braucht, um die Zertifizierung zu erreichen, in der Regel wahnsinnig teuer sind. Wir können fast dasselbe erreichen und deutlich weniger ausgeben. Damit haben wir auch eine zeitgemässe Infrastruktur. Wir haben Raumprogramme, die dem Lehrplan angepasst sind, und wir haben eine zeitgemässe Umgebungsplanung, die auch den Kindern viel Freude bereiten soll.

Zum Sanierungsprogramm gehört entsprechend, dass sowohl die Schulgebäude wie auch der Turnhallentrakt und die Schwimmhalle eine Gesamtanierung erleben, eben inklusive Gebäudetechnik. Die ganze Umgebung und Aussengestaltung ist in diesem Kredit mit dabei. Wie Ihr gesehen habt, werden wir zukünftig auf dieser Parzelle mit zwei, wie ich finde, sehr vorbildhaften Solaranlagen auch selber Strom produzieren; eine an der Fassade, eine auf dem Dach. Wir haben die Instandsetzung der Haustechnik und Lüftung. Das heisst, dass solche Temperaturen wie heute in diesem Saal im Schulbetrieb nicht mehr vorkommen werden und damit auch das Klima etwas lerngerechter ist. Wir haben einen Anschluss an die Fernwärme, eine Schadstoffsanierung, ein zeitgemässes Beleuchtungskonzept, ein zeitgemässes Raumprogramm und eine zeitgemässe Ausstattung, speziell auch, was das Thema Raumakustik betrifft, und mit dem Einbau eines Lifts Barrierefreiheit. Hinzu kommen die Anpassung an den Brandschutz und eine neue Aussen-
treppe als Fluchtweg im Fall eines Feuers oder eines ähnlichen Schadenfalls. Wir möchten im umliegenden Raum eine Entsiegelung erwirken, damit auch dort dem Klimawandel mit einem besseren Mikroklima etwas entgegengewirkt werden kann, und möchten attraktive Spiel- und Sportflächen anbieten. Ihr habt sicher festgestellt, dass wir das Hauswertsgebäude nicht anfassen. Wir möchten es unbedingt behalten, weil es eine wertvolle Raumreserve ist. Andererseits hat der GR entschieden, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis für eine Sanierung des Hauswertsgebäudes nicht sinnvoll ist, auch, weil wir noch nicht wissen, welches die langfristige Nutzung sein wird.

Noch kurz zum genauen Ablauf der Sanierung. Es wird nicht möglich sein, dieses Bauen unter Betrieb durchzuführen. Aus diesem Grund wird die ganze Schule in ein

Provisorium ausgelagert und anschliessend wieder zurückgezügelt. Die Turnhalle und das Schwimmbecken werden für ein halbes Jahr gesperrt werden müssen. Wir kommen leider nicht darum herum, es so zu arrangieren, aber versuchen natürlich alles, was in unserer Macht steht, dass wir den Unterricht, speziell auch den Schwimmunterricht, nicht allzu lange ausbremsen müssen und nach einer passenden Alternative suchen können.

Ich möchte noch kurz Stellung zu den Kosten nehmen, obwohl ich das eingangs schon einmal gesagt habe. Ich denke, das grosse Problem bei diesem Projekt war wirklich, dass wir eine sehr wechselhafte Baugeschichte hatten. Dies dadurch, dass man zuerst eine andere Bestellung und eine andere Vorstellung hatte, wie es ablaufen soll, und dann mit dem Kirchgemeindehaus oder ehemaligen Kirchgemeindehaus eine komplette Kehrtwende machte. Es ist natürlich auch so, dass im Verlauf von sieben Jahren neue Bedürfnisse und Erkenntnisse hinzukommen. Das hat nun einmal dazu geführt, dass wir von den anfangs geschätzten CHF 4 Mio. inzwischen bei CHF 14,4 Mio. angekommen sind.

Es ist auch so, dass dabei noch nicht alles inbegriffen ist. Ich möchte Euch das transparent offenlegen. Und zwar ist die Teuerung ab Oktober 2022 nicht dabei. Wir mussten einfach irgendwann einen Schlussstrich mit der Teuerung ziehen. Aber es ist uns klar, dass höchstwahrscheinlich noch etwas hinzukommen wird. Dann haben wir noch das Thema der Mehrwertsteuer, bei der sich nächstes Jahr qualifizieren wird, wie sie genau heraufgesetzt wird. Das ist auch noch nicht eingerechnet. Was nicht enthalten ist, sind die Provisorien. Aufgrund der Rechnungsführung gehört das nicht in den Investitionskredit, sondern quasi in den regulären Betrieb, also in die Erfolgsrechnung, wenn ich richtigliege. Nicht wahr, Sascha? – Merci. Es ist auch so, dass die Kosten für die Möblierung nur teilweise enthalten sind. Mit den Schrank-einbauten werden ein paar Schreinerarbeiten ausgeführt. Aber ansonsten wird in diesem Baukredit nicht gross mit Mobiliar gerechnet. Wir sind von den Kosten her aber nach wie vor unter einem Ersatzneubau. Wir haben das ausgerechnet. Es ist im Baudossier ausgewiesen. Wir sind eigentlich auf gutem Kurs. Der Quadratmeterpreis ist praktisch derselbe wie beim Gemeindehaus. Von dem her können wir wirklich hinter diesen Kosten stehen.

Ich fasse zusammen, und dann habe ich endlich geschlossen: Es ist eine dringende und sinnvolle Sanierung im Einklang mit unserem Immobilienleitbild und ebenfalls den aktuellen schulraumplanerischen und energetischen Vorgaben. Wir gehen davon aus, dass in den nächsten 30 Jahren keine weiteren Eingriffe in die Baubsubstanz notwendig sind. Das Projekt ist schon relativ lange in der Pipeline. Eine Kostensteigerung war unvermeidlich. Wir haben sehr viele Lehren aus diesem Projekt gezogen. Wie Ihr beim Gemeindehaus gemerkt habt, haben wir jetzt ganz klare Abläufe, wie so etwas aufgelegt werden muss, inklusive Pflichtenheft, das von Anfang an vorhanden sein muss.

Ich hoffe, dass Ihr diese Unterlagen wohlwollend prüfen könntet. Es würde mich natürlich sehr freuen, wenn dieses Projekt noch in der laufenden Legislatur in die Ausführung gehen darf.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und schliesslich weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Christoph Lucas (forum): Das Wichtigste zuerst: Wir vom forum unterstützen den Antrag des GR für die Sanierung des Melchenbühls. Ich will nicht auf die einzelnen Details eingehen, aber doch darauf hinweisen, dass wir nach der Sanierung des Gemeindehauses, über die wir letzthin abgestimmt haben, erneut mit einem Kredit von über CHF 14 Mio. vors Volk treten. Du hast es ein grosses «Tütschi» genannt, Carole. Weshalb der Sanierungskredit so hoch ausfällt, ist in den Projektunterlagen hinreichend dokumentiert. Wir haben es gehört, veraltete Haustechnik, dann die Turn- und Schwimmhalle, und es ist auch eine Asbestsanierung, um nur einige Punkte zu nennen. Zusätzlich haben wir einen Sanierungsstau, der ebenfalls ein Kostentreiber ist.

Als Mitglieder des GGR ist es unser Job, die Dokumente, die wir erhalten, gut zu lesen, sodass wir auch verstehen, weshalb diese Sanierung eben so teuer ist. Aber wir sind der Meinung, dass nicht alle Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Vorfeld der Abstimmung vom 10. Dezember gleich viel Zeit ins Studium der Akten respektive Abstimmungsunterlagen investieren können und wollen. Entsprechend ist es aus unserer Sicht wichtig, dass wir die Abstimmungsunterlagen gut aufbereiten und die Kommunikation des Geschäfts sorgfältig erfolgt, sodass wir an der Urne am Ende ein ähnlich gutes Resultat erzielen können, wie es beim Gemeindehaus der Fall war. Den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern muss beispielsweise nebst all diesen Kostentreibern auch erklärt werden, dass die Sanierung des Melchenbühls unumgänglich ist. Denn ohne Sanierung haben wir unserer Ansicht nach eine Zeitbombe. Wenn irgendwo etwas passiert, sind diese Räumlichkeiten plötzlich nicht mehr brauchbar, und dann müssen wir Feuerwehrrübungen abhalten.

Seitens forum begrüssen wir auch, dass die Vorgaben des GGR bezüglich Photovoltaik bei der Sanierung eingeflossen sind und dass ganz allgemein dem Thema Nachhaltigkeit ein hoher Stellenwert eingeräumt wurde. Wir erachten dieses Projekt als sehr sorgfältig und umsichtig ausgearbeitet. Dafür sprechen wir Carole und dem ganzen Projektteam unseren Dank aus.

Angelo Zaccaria (SP): «Schulen müssen die Kathedralen der Zukunft werden». Geschätzte Anwesende, das hat unser Genosse Sigmar Gabriel einmal gesagt. Vielleicht könnt Ihr Euch erinnern. Das war ein deutscher Vizekanzler der SPD, blitzgescheit, ein wunderbarer Typ. Was meint er damit, Schulen müssten die Kathedralen der Zukunft werden? Er meint, dass Schulen ein Ort sein müssen, an dem unsere Kinder auf die Welt von morgen vorbereitet werden; er meint, dass es ein Ort sein muss, an dem nicht nur Wissen vermittelt wird, sondern auch Werte. Es muss ein Ort sein, an dem man nicht nur rechnen und schreiben lernt, sondern auch lernt, zu lieben und zu leben. Es ist ein Ort, an dem man nicht bloss lernt, Probleme zu umgehen, sondern auch, wie man sie löst. Es ist ein Ort, an dem man Kinder im besten humanistischen Sinn zu Menschen machen soll. Sigmar Gabriel sagt weiter: «Und deshalb ist es unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass unsere Schulen diesem hohen Anspruch gerecht werden, dass sie nicht nur funktionieren, sondern auch inspirieren, dass sie nicht nur Gebäude sind, sondern Kunstwerke.» Ach, das ist wunderschön, es berührt.

Das alles hättet Ihr gehabt, wenn die Sozialdemokraten an der Macht wären. Aber seit dem Jahr 1971 waren die Sozialdemokraten nie in der Position, hier gross aufzuräumen. Schade! Blühende Dörfer, blühende Schuldörfer hätten wir hier. Wir sind noch nicht in der Mehrheit. Jetzt machen wir eben einen Kompromiss. Deshalb finden wir, der GR habe uns eine sehr gute Dokumentation vorgelegt, welche die verschiedenen Aspekte der Sanierung umfassend berücksichtigt. Wir danken Carole und dem Team wirklich sehr für die sorgfältige Arbeit und die transparente Kommunikation, auch im Voraus, auch mit Problemen, wie Ihr offen kommuniziert habt.

Wir möchten nicht ins Detail gehen, aber die SP findet natürlich besonders gut, dass

die Sanierung im Bereich Klimaschutz und Nachhaltigkeit vorangeht, dass man den CO₂-Ausstoss reduzieren will, dass man vor allem auch ebenfalls an die Kühlung der Gebäude denkt. Wir merken ja alle, wie warm es wird.

Ein kleiner Wunsch noch von meiner Seite. Ich fände es schön, wenn man Nistkästen für Vögel an den Fassaden anbringen könnte. Ich ging dort zur Schule und habe beim Rechnen gerne aus dem Fenster geschaut und den schönen Schwalben zugeschaut, die vorbeifliegen. Deshalb geben wir jetzt gerne etwas Geld dafür aus. Wir finden sehr gut, dass man die Umgebung des Schulgeländes aufgewertet hat. Es hat mehr Platz für Velos und Trottinette, sodass man etwas von diesem – wie soll ich sagen? –, von diesem Auto- oder Taxi-Unding wegkommt, dass da geschieht. Es hätten auch etwas weniger Parkplätze sein können. Aber nun gut, wir sind kompromissbereit. Wir bedauern einen Punkt, und zwar, dass man auf die Kunst am Bau verzichtet. Wir finden das schade. Denn hier hätte man wieder ein kleines Zeichen für die lokale Kultur setzen können. Da darf es auch ein bisschen mehr sein.

Wie gesagt, die Sanierung der Schulanlage Melchenbühl ist eine Investition in die Zukunft. Es ist eine Investition, die sich lohnt, eine Investition, die wir uns leisten können und die wir uns leisten müssen. Wenn wir an Sigmar Gabriel denken: Die Kathedralen waren im Mittelalter unfassbar teuer. CHF 14 Mio. sind ein Schnäppchen. Wenn man aber bedenkt, was es unseren Kindern und den zukünftigen Generationen bringt, ist es ein Geschenk. Nehmen wir dieses Geschenk an, machen wir dieses Schnäppchen. Kommunizieren wir es der Stimmbevölkerung aber auch so, dass sie diese Investitionen auf alle Fälle tätigt.

Simon Eugster (FDP): Nach deinem rhetorischen Feuerwerk nun etwas knapp, klar und «mützig»: Das Projekt scheint uns nach wie vor vernünftig aufgegleist. Es wird den Bedürfnissen des Zyklus 1 und der Tagesschule in den nächsten 10 Jahren voraussichtlich gerecht werden können. Aber wie wir alle wissen, wächst und wächst die Tagesschule. Deshalb werden wir mittelfristig im Melchenbühl sicher wieder bauen müssen. Aber das werden unsere Nachfolger sein. Jeder Franken, der in die Schulinfrastruktur investiert wird, ist ein gut investierter Franken. Ein gutes Bildungsangebot ist auch wirklich eins unserer Kernanliegen. Da sind wir deckungsgleich.

Wir danken dem GR, wir danken vor allem Carole sowie allen an diesem Projekt Beteiligten für die gute Arbeit und stimmen dem Antrag des GR selbstverständlich zu.

Charlotte Siebenrock (SVP): Es ist ein grosser Batzen, zu dem wir gerne die Zustimmung des Stimmvolkes hätten: CHF 14,4 Mio. Wir haben Investitionsbedarf bei den Schulliegenschaften, und wir konnten bereits vieles verbessern. Jetzt soll das Melchenbühl in Angriff genommen werden. Uns wurde ein überlegtes und zukunftsgerichtetes Projekt vorgelegt. Vielen Dank an die Verwaltung. Nötig ist es. Das wird von uns sicher nicht bestritten. Die Kinder und Lehrer sollen in einem sicheren, gefälligen Schulhaus zur Schule gehen können. Ein abwechslungsreiches und entdeckungsreiches Spiel- und Lernangebot soll nicht nur unter dem Titel in unseren Unterlagen «Spielbereich Nordseite» gelten, sondern eigentlich im ganzen sanierten Melchenbühl. Wichtig ist, dass bei der Umsetzung mit Augenmass gearbeitet wird. Sollte Unvorhergesehenes auftauchen, zum Beispiel bei der Haustechnik, ist es etwas schwierig mit dem Augenmass. Aber beispielsweise gerade bei der Weiterverwendung des bestehenden Mobiliars kann doch sicher auch einmal zugunsten des Bestehenden, sprich der Weiterverwendung, entschieden werden. Die Fraktion SVP wird dieser Investition in die Bildungszukunft unserer Kinder und somit dem Geschäft zustimmen.

Kaspar Stein (Grüne): Das meiste wurde zum Glück bereits gesagt. Ich war oft noch als Lehrer im Melchenbühl. Es wurde viel herumgeflickt. Das hat sich nie gelohnt. Im Hallenbad hat man tüchtig Geld vergaben, anstatt einmal richtig etwas zu machen. Zum Glück sind wir nun endlich so weit. Uns Grünen fehlt dasselbe, was Angelo schon gesagt hat: Vielleicht noch etwas mehr Kunst am Bau. Wenn schon so viele Bäume und einheimische Pflanzen angebaut werden, wäre vielleicht ein Naturlehrpfad angebracht. Den müsste man nicht unbedingt über den Baukredit nehmen. Er hätte sicher auch noch anderswo Platz. Vielleicht können ihn die Kinder mit einer motivierten Lehrkraft sogar selbst anlegen. Das meiste ist gemacht. Der Aussenraum der Tagesschule und des Kindergartens besteht schon fast. Dass es etwas teuer wird, liegt sicher auch am Asbest, der im Jahr 1970 eben verbaut wurde. Auf jeden Fall sind wir auch mit dabei und stimmen dem Antrag des GR zu.

Detailberatung

Daniel Arn (FDP): Also, bei dem mit den Brutkästen und dem Waldlehrpfad habe ich mir gedacht, das sei jetzt schon ... Es ist okay, aber ich möchte doch an etwas erinnern: Als du aufgezählt hast, was alles kommt, dachte ich, wow, es gibt wohl nicht mehr viel, das man dort noch machen könnte. Das ist einfach mein Gefühl. Ich bin selbstverständlich dafür, dass man das macht und auch in diesem Ausmass macht. Aber halten wir uns vor Augen, dass wir das mit Steuergeldern machen, mit Steuergeldern, die wir dort investieren. Was, wenn wir das alles selber machen müssten? Es kam mir fast so vor, wie wenn man früher ein Auto gekauft hat und es einen zusätzlichen Katalog gab. Dieses Extra und dieses nehme ich auch noch, und am Schluss hat man fast alles genommen, nach dem Motto: Wenn es noch ein bisschen mehr sein darf, machen wir das auch. Da denke ich mir: Etwas massvoll. Es ist absolut richtig, dass wir diese Gesichtspunkte berücksichtigen, den Ausbau selbstverständlich auch. Aber ich glaube, irgendwann ist einmal okay. Wir sollten etwas massvoll sein und nicht übertreiben. Merci.

Keine weitere Wortmeldung.

Suzanne Fankhauser (GPK) *verzichtet auf ein Schlusswort.*

Carole Klopstein (GR): Ich möchte noch zwei Dinge sagen. Das Thema Kunst am Bau wurde zweifach genannt. Ich lege es Euch ganz offen hin: Ja, das war eine Kostenfrage. Wir haben uns klar zugunsten eines nicht oder weniger hohen Kredits dagegen entschieden. Ich denke, das ist für einen Teil der Menschen sicher bedauerlich. Aber wir müssen irgendwo auch schauen, dass das Geschäft bei der Stimmbevölkerung ebenfalls populär gemacht werden kann. Ich denke, wir fahren auf der sichereren Schiene, wenn wir versuchen, diese Supplements wegzulassen, auch wenn das natürlich für einen Teil der Menschen doch sehr bedauerlich ist. Zum Thema Kommunikation: Das ist uns bewusst, auch, weil es jetzt das zweite grosse Geschäft ist. Man versucht, es jetzt wirklich frühzeitig auf dem Radar zu haben, auch schon in Bezug auf die weiteren Sanierungsgeschäfte, die kommen, sodass wir eine einheitliche Kommunikation aufbauen können. Dafür haben wir auch externe Hilfe beansprucht. Wir hatten schon die ersten Besprechungen. Ich denke, wir arbeiten daran. Wir möchten es wirklich so aufgleisen, dass es bei einem so komplexen Geschäft, das man etwas besser aufbereiten muss als beispielsweise die Änderung der Gemeindeordnung wegen dem Anzeiger, auch vonseiten der Bevölkerung möglichst wenig Fragen gibt.

Kein Rückkommen.

Die Vorsitzende: Zuhanden der Volksabstimmung müssen wir auch hier das Abstimmungsresultat genau ermitteln. Es sind weiterhin 36 Ratsmitglieder anwesend.

Beschluss (36 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Zuhanden der Volksabstimmung vom 10. Dezember 2023 wird folgender Beschluss gefasst:

1. Genehmigung des beantragten Verpflichtungskredits für die Gesamtsanierung der Schulanlage Melchenbühl, inklusive Turnhalle und Schwimmbad, und die Neugestaltung des Aussenraumes in Höhe von CHF 14'400'000 (+/-10% Kostengenauigkeit, inkl. Nebenkosten, Reserven und 7.7% MwSt., exkl. Teuerung ab Kostenstand Oktober 2022).
2. Gemäss Art. 3 des Reglements über die Spezialfinanzierung «Vorfinanzierung von Schul- und Verwaltungsanlagen des Verwaltungsvermögens» werden die Abschreibungen nach erfolgter Sanierung und Neugestaltung über diese Spezialfinanzierung getätigt.

4. Gemeindebetriebe gbm; Kenntnisnahme der Jahresrechnung, der Spartenrechnung und des Geschäftsberichts

Die Vorsitzende: Zur Auskunftserteilung ist André Schneider, Geschäftsleiter der gbm, anwesend. Gemäss Art. 36 Abs. 5 des Reglements der Gemeindebetriebe Muri bei Bern (gbm) unterbreitet der GR dem GGR die Jahresrechnung, die Spartenrechnung und den Geschäftsbericht zur Kenntnisnahme. Es handelt sich um die erstmalige Traktandierung in dieser Form. Die Unterlagen liegen Euch schriftlich vor.

Matthias Gubler (GPK): André Schneider hat der GPK die Jahresrechnung, die Spartenrechnung und den Geschäftsbericht mit allen Beilagen gut erläutert und ging auf Fragen ein. Wir danken ihm und seinem Team für die grosse Arbeit. Das Dossier ist gut und seriös vorbereitet, wurde von der GPK zur Kenntnis genommen und kann hier in dem Sinn auch behandelt werden.

Gabriele Siegenthaler (GR): Ich halte mich angesichts unserer Traktanden und der Temperaturen kurz. Wir verzichten auf eine Präsentation der schriftlichen Informationen, stehen aber gerne zur Verfügung, um Fragen zu beantworten. Ich freue mich, dass wir heute zum ersten Mal eine Spartenrechnung präsentieren. Ich weiss, dass es ein altes Anliegen aus dem Parlament ist, dass man das macht, und hoffe, dass es entsprechend gewürdigt wird.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und schliesslich weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Fraktionserklärungen.

Detailberatung

K. Urs Grütter (SVP): Es ist nur ein Kenntnisnahme-Geschäft, entsprechend mache ich auch keine Fraktionserklärung. Aber ich muss einfach den Finger draufhalten, dass wir das nun nicht mehr einfach so ohne weitere Folgen zur Kenntnis nehmen

können. Ich war ja immer etwas scharf darauf zu wissen, was mit den verschiedenen Sparten läuft. Denn vielleicht könnt Ihr Euch noch an die unsägliche Kampagne «Für gute Sitzungen ist gesorgt» erinnern. Was das gekostet hat, weiss ich nicht. Aber für die Abwasserentsorgung Werbung zu machen, da Geld zu verlocken, ist wirklich etwas, das nicht passieren darf. Ich habe mir das dank dieser Spartenrechnung wieder einmal etwas angeschaut und sehe, dass wir bei der gbm Werbeauslagen von total CHF 460'000 haben. In der Spartenrechnung sehe ich unter Telekom CHF 193'000. Das kann ich noch nachvollziehen, denn die gbm steht im Telekombereich im Durchzug. Es gibt noch andere Anbieter. Aber nachher ist für mich Ende der Fahnenstange. Im Bereich Energieversorgung Werbeauslagen von CHF 158'000 – wofür bitte? Die Energieversorgung ist ein Monopolbereich, und wenn man für diesen auch noch werben soll, macht man irgendetwas falsch. Und dann fehlen mir immer noch rund CHF 110'000 bis zu diesen CHF 460'000. Dazu fand ich in keiner Sparte entsprechende Auslagen. Per Saldo bedeutet das, dass von den Werbeauslagen von rund CHF 460'000 CHF 267'000 nicht nachvollziehbar sind. Sei es, dass sie gar nicht in einer Sparte ausgewiesen sind, sei es, dass sie in einer Sparte ausgewiesen sind, für die man keine Werbung machen sollte. Dies einmal zu den Werbeauslagen. Das Fazit für mich ist: Jetzt müssen wir beginnen hinzuschauen. Die gbm ist ein Gemeindebetrieb und nicht einfach irgendwas, in das private Investoren ihr Geld gesteckt haben und auf einen Return-on-Investment hinarbeiten. Sondern die gbm ist unser Betrieb, und wir müssen hinschauen. Denn wenn man diese CHF 267'000 Werbeauslagen gespart hätte, hätte man entweder eine Ausschüttung an die Gemeinde machen oder gewisse Tarife senken können.

Ein wenig in dieselbe Richtung, dass wir jetzt hinschauen müssen, geht die Frage der Fernwärme. Ich habe mir ja schon mehrfach erlaubt, die Frage zu stellen: Wie viel Industrieabwärme haben wir, und wie viel davon wird schon verteilt? Die Antwort blieben mir die gbm bis heute schuldig. Ich habe sie mittlerweile von der Siloah bekommen. Von ihr habe ich Folgendes gehört: Sämtliche Industrieabwärme der Haco wird von der Siloah abgenommen, und die gesamte Abwärme der Haco deckt gerade einmal 40 Prozent des Energiebedarfs der Siloah. Wir haben also nicht Industrieabwärme, die man quasi gratis abholen und in der Gemeinde verteilen kann. Ich sage Ihnen: Jetzt müssen wir hinschauen. Soll man das Fernwärmenetz ausbauen, mit allen Investitionen, die das mit sich bringt? Wo ist der politische Entscheid dafür? In welche Finanzkompetenz fallen diese Auslagen? Wir haben schon gehört – nicht direkt von den gbm, sondern indirekt in den Diskussionen über finanzielle Angelegenheiten –, dass wir für einen geplanten oder eher angedachten Endausbau mit CHF 90 Mio. rechnen müssen. Jetzt müssen Sie sich einmal überlegen: Wenn wir für CHF 90 Mio. PV-Anlagen installieren, haben wir wahrscheinlich jedes Haus in der Gemeinde mit einer Anlage ausgestattet. Dann brauchen wir kein Fernwärmenetz mehr. Das Fernwärmenetz verteilt im Prinzip nur Energie und produziert sie nicht.

Ich denke, in den CHF 90 Mio. ist auch irgendein Projekt wie ein Grundwassermärmewerk vorhanden. Aber das alleine braucht rund ein Drittel der Energie, die es abgibt, um die Wärmepumpe überhaupt betreiben zu können, welche die Grundwärme auf eine Temperatur bringt, damit man sie verteilen kann. Hans Aeschbacher hat mir gesagt: «Schau einmal im Winter, wenn es frisch geschneit hat. Dann siehst du genau, wo die Fernwärme von der Haco zur Siloah geht.» Mit der Fernwärme haben wir also ein Isolationsproblem. Es ist wohl eine der ineffizientesten Wärmeverteilungen in einer so grossen Gemeinde wie unsere. Effizient ist Fernwärme dort, wo man sie einem Industriebetrieb mit möglichst kurzen Leitungen abnehmen kann, der ein Bedürfnis nach Kühlung hat. Deshalb auch hier: Wir müssen beginnen hinzuschauen. Das Geld, das man in die sogenannte Fernwärmeverteilung investieren müsste oder investiert, könnte man wahrscheinlich mit einem wesentlich grösseren Nutzeffekt in andere Energieformen investieren. Wir haben in der Gemeinde zusätzlich ein voll ausgebautes Gasnetz. Bevor wir in einem Fernwärmewerk Gas

verbrennen und die Wärme dann unter Inkaufnahme grösster Verluste verteilen, sollte man das Gas gescheiter in den Haushaltungen selber verbrennen und direkt verheizen.

Die Vorsitzende: Ich bitte dich, zum Schluss zu kommen.

K. Urs Grütter (SVP): Ich komme zum Ende: Diese Kenntnisnahme machen wir, das ist klar. Aber ich sage Euch: Jetzt müssen wir beginnen hinzuschauen, sonst läuft es aus dem Ruder, und das Geld der Gemeinde geht an den falschen Ort.

Keine weiteren Wortmeldungen; Matthias Gubler (GPK) verzichtet auf ein Schlusswort.

Gabriele Siegenthaler (GR): Vielen Dank für die Kenntnisnahme der Jahresplanung. Ich möchte daran erinnern, dass die gbm gemäss Anstaltsreglement einen gewissen unternehmerischen Freiraum geniesst. Wir machen eigentlich eine Prüfung auf grobe Fehler, um es einmal etwas salopp auszudrücken. Zum Thema Werbeausgaben, das Urs angesprochen hat: Im Bereich Energie und Versorgung haben wir selbstverständlich den Aufbau der Fernwärme. Wir wissen alle, dass es ein neues Produkt ist. Das heisst, man muss es bei der neuen Kundschaft auch entsprechend positionieren und erklären.

Zu den anderen Fragen, die Urs bezüglich der Konzeptionierung des Fernwärmenetzes gestellt hat: Ich möchte daran erinnern, dass wir letzten Herbst einen Anlass für das Parlament hatten, bei dem wir das Fernwärmenetz intensiv vorgestellt haben. Wenn mich meine Erinnerung nicht täuscht, war Urs damals leider verhindert. Ich möchte gerne anbieten, dass wir das auf persönlicher Ebene nachholen, und lade Urs ein, auf die gbm zuzukommen, damit diese Frage geklärt werden können. Wie Urs selbst festgestellt hat, wird die Abwärme der Haco in der Siloah bereits genutzt. Dort gibt es kein weiteres Potenzial. Wir brauchen für die Fernwärme in der Gemeinde also andere Energiequellen. Wir haben eine sehr kompetente externe Unterstützung, die das Fernwärmenetz rechnet, konzipiert und so weiter, sei es bezüglich Wärmeverlusten, Gesamtauslegung oder wirtschaftlicher und ökonomischer Leistung des Netzes. Für solche Erklärungen stehen wir jederzeit zur Verfügung. Ich würde mich sehr freuen, wenn du, Urs, diesbezüglich auf uns zukommen würdest.

Die Jahresrechnung, die Spartenrechnung und der Geschäftsbericht 2022 der Gemeindebetriebe Muri bei Bern (gbm) werden zur Kenntnis genommen.

5. Leitbild Fokusraum Bern-Ost; Kenntnisnahme

Die Vorsitzende: Die Unterlagen inklusive Broschüre liegen Euch schriftlich vor.

Die GPK verzichtet auf das Wort.

Stephan Lack (GR): Das vorliegende Leitbild ist die Basis einer koordinierten und qualitativ hochstehenden Entwicklung im Fokusraum Bern-Ost. Es geht hier, das ist wichtig, um einen Leitfaden für zukünftige Planungen in diesem Gebiet. Es ist aber kein behördenverbindliches Planungsinstrument. Unsere Gemeinde ist aber als Standortgemeinden des Bypasses massgeblich von diesem Projekt betroffen.

Der GR ist grundsätzlich erfreut, dass es in der Sache Bypass Bern-Ost vorwärtsgeht. Das Projekt wurde bisher vom Bundesamt für Strassen (ASTRA) geführt. Involviert waren die Gemeinden Stadt Bern, Muri und Ostermundigen. Am 13. Juni 2023 hat das ASTRA das Projekt schliesslich dem Kanton Bern übergeben. Muri war seit dem Jahr 2017 in diversen Gremien involviert und hat immer dafür gekämpft, dass der geplante Bypass unterirdisch geführt wird. Am Anfang hiess es, zweispurig, und die alte A6 sollte noch für die Gegenseite verwendet werden. Dann hiess es, ein Teil sei unterirdisch. Am Schluss konnte man immerhin erreichen, dass jetzt zweimal zwei-spurig auf der gesamten Strecke geplant ist. Wie Ihr dem vorliegenden Leitbild entnehmen könnt, steht aber nicht nur der Verkehr im Zentrum, sondern es gibt auch zahlreiche Möglichkeiten einer räumlichen Entwicklung im Einflussbereich des bestehenden Trasses A6. Dazu gehört vor allem auch der Freudenbergerplatz der Stadt Bern.

Auf den ersten Blick ist dieses Leitbild sicher etwas Positives. Es ist auch in der Gesamtperspektive positiv zu werten. Es ermöglicht zahlreiche Chancen für unsere Gemeinde, insbesondere auch, dass unsere Gemeinde am Tag X nicht mehr durch eine Autobahn getrennt ist, was uns in Zukunft auch räumlich ganz neue Möglichkeiten eröffnet.

Wenn man ein wenig genauer hinschaut, und dabei müssen wir schon die Sichtweise unserer Gemeinde haben, stellen sich aber wichtige Fragen, die wir stellen müssen, wenn das Projekt lanciert wird. In diesem Projekt könnten für unsere Gemeinde durchaus auch Risiken liegen. Die Anschlüsse am Freudenbergerplatz sollen aufgehoben und durch einen Halbanschluss Schosshalde ersetzt werden. Was heisst das nun konkret? Was heisst das für Muri-Gümligen? Wie kann die Triage Autobahnausfahrt Muri und Egghölzli, die alte A6 funktionieren? Mir ist schon klar, dass wir vom Jahr 2045 sprechen, aber wir müssen jetzt handeln, wir müssen jetzt wirken. Die wichtigste Frage, die sich verkehrstechnisch stellen wird ist: Wie kann vermieden werden, dass in Zukunft irgendwann mehr Verkehr über die Thunstrasse und über die Worbstrasse fliesst. Das müssen wir verhindern. Das aktive Mitmachen ist die Pflicht und Schuldigkeit der Personen, die von unserer Gemeinde mitmachen.

Wie genau soll die heutige A6 zurückgebaut werden? Es wird unerlässlich sein, dass es weiterhin ein Verkehrsträger sein wird. Gleichzeitig müssen auch siedlungsverträgliche Lösungen aufgezeigt werden. Das wird das Meisterstück sein, mit möglichen Zielkonflikten, auch mit der Stadt Bern. Wie können wir vermeiden, dass die Eliminierung des Freudenbergerplatzes am Ostring eben nicht zu einem neuen Freudenbergerplatz an den heutigen Autobahneinfahrten Muri führt? Wie können wir dafür sorgen, dass die zukünftige vierspurige Bypass-Autobahn gleich viel Kapazität aufnehmen kann wie die jetzige A6 mit der Pannestreifenumnutzung (PUN)? Sie ist in Spitzenzeiten sechsspurig. Diese Fragen muss man sich stellen. Beim Verkehrsfluss gibt es möglicherweise ein Droppingsystem, aber das wird wohl noch viel komplizierter. Ich kenne auch Biel sehr gut. Da muss man relativ genau hinschauen. Wir werden gefordert sein.

Wie gesagt, gibt es für unsere Gemeinde Chancen und Risiken. Es lohnt sich, genau hinzuschauen, den Prozess nicht nur zu verfolgen, sondern aktiv mitzugestalten. Dann haben wir in 20 Jahren ein gutes Resultat. Eine erste Gelegenheit bietet sich für die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde nämlich schon bald. Jetzt wisst Ihr auch, weshalb Ihr heute alle einen Fächer erhalten habt. Es ist ein Leaflet, das darauf hinweist, dass in der Zeit vom 30. August bis am 9. September in unserem Gemeindehaus die Ausstellung «Bypass» aktiv sein wird. Ergreift die Gelegenheit, aber sagt es auch allen andern. Wir machen auch entsprechend Werbung in den Lokalnachrichten oder legen den Flyer sogar bei. Er geht an alle Haushalte. Es ist wichtig, dass sich unsere Leute dazu Gedanken machen und Inputs geben.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und schliesslich weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Suzanne Fankhauser (SP): Ich darf noch einmal loben und rühmen. Wir haben uns das in der SP-Fraktion angeschaut und finden, es sei sehr schön aufbereitet. Es ist wirklich wunderbar gemacht. Es ist einladend, und uns erscheint wichtig, dass es einladen ist, damit die Personen, die sich damit befassen, auch wirklich Lust bekommen, sich darauf einzulassen, und nicht einfach finden, nach mir die Sintflut. Wir hoffen wirklich, dass nach uns nicht die Sintflut kommt. Stephan, du hast schon gesagt, dass es für die zukünftigen Generationen ist. Dann finde ich auch sehr wichtig, dass wir etwas Einladendes machen, damit die Leute nicht gleich sagen: Jesses Gott, wieder so eine Amtsschimmel-Broschüre. Nein, ganz im Gegenteil. Vielen Dank, es ist sehr gut aufbereitet und sehr farbig.

Franziska Grossenbacher (Grüne): Eine sehr kurze Vorbemerkung von uns. Natürlich haben wir eine schöne farbige Broschüre vor uns. Wir haben das aber durchaus etwas kritischer angeschaut, wie unser Gemeindepräsident auch. Wir hatten schon in der Planungs- und Verkehrskommission eine kritische Diskussion des Leitbilds. Wir Grünen lassen uns nicht gern Sand in die Augen streuen. Ich glaube, dieses Projekt bietet, wie du gesagt hast, Stephan, extrem viele Chancen. Wer ist schon dagegen, dass wir mehr Lebensqualität erhalten, dass wir etwas für die Biodiversität machen, dass wir mehr Freiräume haben, dass eben Muri und Gümligen zusammenwachsen können? Ich glaube, dazu sagt niemand nein. Aber das, worum es effektiv geht, ist, dass das ASTRA diese Autobahn erhalten will. Die Pannestreifenumnutzung, diese drei Spuren, werden auch in Zukunft da sein. Es ist sehr wichtig, dass wir uns dafür einsetzen, dass die Chancen dieses Projekts realisiert werden und wir die Risiken vermeiden können. Die Risiken sind, wie Stephan gesagt hat, dass wir nach der Umsetzung des Bypasses in unserer Gemeinde Muri schlussendlich mehr Verkehr haben. Wir müssen unsere Interessen in diesem Prozess wirklich auch einbringen. Wenn man sich das Leitbild nämlich genau anschaut und sieht, welche Inhalte eher Luftschlösser sind und gut tönen und wo es ganz konkret wird, merkt man, dass es sehr konkret ist, wenn es um die Verkehrsachsen und Verkehrsanschlüsse geht. Man hat auch schon eine Ahnung des Zeitplans. Aber alles rundherum, die ganze Siedlungsentwicklung und die Freiraumentwicklung sind komplex, es braucht verschiedene Akteure, und da bleibt alles ein wenig im Vagen. Deshalb möchten wir den GR auffordern, die Interessen unserer Gemeinde aktiv einzubringen. Die Stadt Bern hat aufgerüstet, sie ist parat, ihre Interessen einzubringen. Sie hat Personal aufgestockt und Ressourcen bereitgestellt. Wir finden es sehr wichtig, dass wir das in Muri auch tun und uns nicht einfach weiter vom ASTRA den Speck durch den Mund ziehen lassen.

Emanuel Zloczower (FDP): Zuerst einmal bin ich sehr froh, Franziska, dass wir politisch fast derselben Meinung sind. Das kommt nicht so oft vor, aber hier durchaus. Wir alle kennen die Probleme, die wir vor und mit der A6 haben. Vorliegend nehmen wir das Projekt zur Engpassbeseitigung zur Kenntnis. Mit Wohlwollen nehmen wir zur Kenntnis, dass die Verkehrsführung zwischen den Anschlüssen Muri und Bern-Expo unterirdisch geführt werden soll, sodass es die Chance gibt, das Siedlungsgebiet etwas auszudehnen und unsere beiden Dorfteile zu verbinden. Wir beurteilen ebenfalls positiv, dass der Tunnel je zweispurig geführt wird. Dazu haben wir möglicherweise etwas andere Sichtweisen. Aber das soll helfen, dass der Verkehr nicht gnadenlos durch unsere Gemeinde gezwängt wird. Aber jetzt kommt auch

unser Warnfinger. Wir bitten den GR sicherzustellen, dass die Verschiebung des nur noch als Halbanschluss vorgesehenen Autobahnanschlusses nicht dazu führt, dass vermehrt Verkehr über die Thunstrasse und die Worbstrasse durch unsere Gemeinde geleitet wird.

Detailberatung

Keine weiteren Wortmeldungen.

Die GPK verzichtet auf ein Schlusswort.

Stephan Lack (GR): Selbstverständlich haben wir eine externe Hilfe, die wir beiziehen. Ein Spezialist begleitet uns.

Das Leitbild «Fokusraum Bern-Ost» wird zur Kenntnis genommen.

6. Sitzungstermine 2024

Die Vorsitzende: Die Gemeindeschreiberei hat einen Vorschlag für die Sitzungstermine 2024 ausgearbeitet, der Euch vorliegt. Er wurde in Übereinstimmung mit dem Sitzungsrhythmus des GR und unter Berücksichtigung der Schulferien und Feiertage erstellt. Gibt es Einwände oder Anträge auf Terminverschiebungen? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Sitzungstermine 2024

Dienstag, 19.30 Uhr	23. Januar
	20. Februar
	19. März
	30. April
	21. Mai
	18. Juni
	20. August
	17. September
	22. Oktober
	19. November

Die Sitzungstermine 2024 werden stillschweigend genehmigt.

7. Postulat Arn (FDP): Unterstützung des Programms «Sport Bewegt» der Stiftung Jugendförderung Sport for Kids; Zwischenbericht und Abschreibung

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen Euch schriftlich vor.

Beat Wegmüller (GR) verzichtet auf das Wort.

Daniel Arn (Postulant): Schade, ich hätte gerne etwas von dir gehört, Beat. Die Motion, die in diesem Rat eingereicht wurde und die 25 Mitglieder unterschrieben haben, schlägt vor, dass man eine Leistungsvereinbarung mit der Stiftung Jugendförderung Sport for Kids ins Auge fasst. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal wiederholen: Es ist unter anderem der BSV, der das betreibt, mit verschiedenen Gefässen. Ich glaube, es ist der einzige Verein in der Gemeinde, der nicht Geld bezieht, sondern der Gemeinde Geld gibt. Mittlerweile werden es rund CHF 60'000 pro Jahr sein, welche die Gemeinde über den Baurechtszins einnehmen kann, über den hier selbstverständlich einmal abgestimmt wurde. Es ist wirklich nach wie vor ein Leuchtturm. Aber auch da gilt, dass die Bemühungen, die sie machen, um die Jugend zu bewegen, auch ihren Preis haben. Das kann nicht immer alles über die Stiftung getragen werden, und wenn die Stiftung irgendwann einmal nicht mehr den nötigen Spielraum hat, wird es nicht mehr der Fall sein oder in einem anderen Ausmass der Fall sein, weil die Unterstützung fehlt.

Ja, Beat, ich hätte gern gehört, weshalb man auf diesen Batzen kommt. Man will nun diesen Batzen erhöhen, das ist besser als nichts. Auch Kleinvieh macht Mist. Aber ich finde, es hätte mutigere Entscheidungen geben können: Dass man zugunsten der Jugendförderung etwas unternimmt. Deshalb noch einmal: Es ist eine Förderung, bei der die Jugend gefördert und betreut wird, seien es Muriger oder auch solche von ausserhalb. Und eben, die Gemeinde nimmt vom BSV viel Geld ein. Da wäre eine Leistungsvereinbarung doch keine schlechte Sache gewesen. Ich akzeptiere das. Diese Motion wurde einmal in ein Postulat gewandelt, und ich akzeptiere, dass sie abgeschrieben wird. Aber noch einmal: Schade, dass man zu einer etwas mutlosen Lösung gegriffen hat, wenn es um die Jugend geht.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und schliesslich weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Fraktionserklärungen.

Detailberatung

Beat Wegmüller (GR): Dani hat mich herausgefordert. Dann muss ich wohl auch etwas sagen. Der GR anerkennt die grossen Leistungen, die von Sport for Kids erbracht werden. Die ganze Angelegenheit hat eine etwas spezielle Konstruktion. Ich habe noch einmal nachgeschaut. Der GR hat gesagt, dass wir vor allem die ortsansässigen Vereine unterstützen wollen. Wie man sieht, wird der BSV im nächsten Traktandum im Rahmen des Jugendbatzens mit 33 Personen unterstützt. Die Vereine können dir eigentlich danken, dass der Jugendbatzen nicht so hoch wird. Was ist der Grund, dass wir gesagt haben, wir unterstützen nicht? Ich habe die Zahlen heute noch einmal nachgeschlagen. Auch im Jahr 2023 werden 18 Kindersportwochen von Sport for Kids durchgeführt, drei in Gümligen und die 15 anderen im Kanton Bern. Der GR hat damals festgehalten, dass wir vor allem das Lokale unterstützen wollen. Es ist nicht unsere Aufgabe, im ganzen Kanton polysportive Kurse anzubieten. Im Jahr 2023 sind sieben polysportive Kurse geplant, drei in Gümligen. Man sieht, dass das Angebot für Gümligen relativ klein ist. Das war eigentlich der einzige Grund, weshalb wir gesagt haben, wir wollen kein über-

regionales Angebot anbieten, sondern vor allem die Lokalen unterstützen. Das machen wir mit dem nächsten Traktandum. Vielleicht noch dies: Auch hier geht es um Steuergelder.

Daniel Arn (Postulant) verzichtet auf ein Schlusswort.

Beschluss (35 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

1. Kenntnisnahme des Zwischenberichts.
2. Abschreibung des Postulats Arn (FDP): Unterstützung des Programms «Sport Bewegt» der Stiftung Jugendförderung Sport for Kids.

8. Postulat SP-Fraktion: Verdopplung des «Jugendbatzens» für alle ortsansässigen Vereine; Zwischenbericht und Abschreibung

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen Euch schriftlich vor.

Beat Wegmüller (GR) verzichtet auf das Wort.

Kathrin Schnyder (Postulantin): Die SP-Fraktion ist sehr erfreut über den Beschluss des GR. Sie beurteilt es gar nicht als mutlos, den Jugendbatzen zu verdoppeln, und bedankt sich sehr für diesen Entscheid. Wir erachten die Förderung von Kindern und Jugendlichen, gerade in unserer Gemeinde, als richtigen und wichtigen Schritt in die Zukunft. Im Bericht fiel uns bei der Aufzählung der Organisationen und Vereine, die in den Genuss kommen, auf, dass sich der FC Muri-Gümligen – es heisst Muri und Gümligen – einer sehr grossen Beliebtheit erfreut und viele Jugendliche anspricht. Es ist ein sehr wichtiger Verein für die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen. Mit der Verdopplung leistet Muri-Gümligen einen weiteren wichtigen Beitrag zu einem aktiven Vereinsleben sowie zur Jugend- und Sportförderung. Nicht zu vergessen ist die sehr positive Wirkung der Integration von Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen. Dank der Umsetzung der Motion von dir, Karin Künti, kommen jetzt alle, die mit ihrem Verein in Muri-Gümligen beheimatet sind, in den Genuss einer höheren finanziellen Zuwendung. Das ist gerecht und ganz im Sinn der SP Muri-Gümligen, getreu dem Motto: Für alle statt für wenige.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und schliesslich weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Fraktionserklärungen; keine weiteren Wortmeldungen; Beat Wegmüller (GR) und Kathrin Schnyder (Postulantin) verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss (35 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

1. Kenntnisnahme des Zwischenberichts.
2. Abschreibung des Postulats SP-Fraktion: Verdopplung des «Jugendbatzens» für alle ortsansässigen Vereine.

Die Vorsitzende: Wir haben mehr als die Hälfte der Sitzung hinter uns. Ich stelle einen Ordnungsantrag auf 5 Minuten Pause.

Der Ordnungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt.

9. Postulat forum: Verwendung der Notebooks ausserhalb der Schule; Zwischenbericht

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen Euch schriftlich vor. Zur Auskunftserteilung ist Rolf Rickenbach, geschäftsführender Schulleiter, anwesend.

Christa Grubwinkler (GR) verzichtet auf das Wort.

Patricia Messerli (forum): Da wir keine Pause machen, werde ich mich relativ kurzfassen und für diesen Zwischenbericht danken. Merci vor allem auch Rolf Rickenbach für die Erstellung des Konzepts. Er hat das sehr speditiv gemacht. Ich bin aber ehrlich: Das forum ist enttäuscht, dass es jetzt doch so lange dauert, bis irgendetwas in die Wege geleitet wird. Im GGR war man sich vor einem Jahr einig, dass es eine rasche und vor allem unkomplizierte Lösung braucht. Ich erinnere an das Votum von Dani Arn, der gesagt hat, dass es wichtig ist, dass die Jungen diese Notebooks brauchen können. Dann ging es zuerst sehr schnell. Rolf Rickenbach hat rasch ein Konzept erstellt, und der GR hat es im Dezember verabschiedet. Aber danach lief nichts mehr. Klar hat man verschiedene nachvollziehbare Erklärungen für diesen Stillstand. Wir haben eine neue Gemeinderätin, die das Ressort Bildung übernommen hat, wir hatten auch gewisse Turbulenzen im Bereich Schule. Aber wenn ich den Schlusssatz lese, in dem steht, der neue Abteilungsleiter Bildung solle sich ab September mit diesem Geschäft befassen, frage ich mich, ob das wirklich das Geschäft ist, das auf seiner Prioritätenliste ganz oben steht. Als Mitglied der Schulkommission sehe ich, was der neue Abteilungsleiter alles managen muss, und frage mich, wie er das bei 100 Prozent machen kann.

Ich rege deshalb an, dass sich die Schulleitungskonferenz SLK allenfalls an einer ihrer nächsten Sitzungen, also noch dieses Jahr, in der neuen Zusammensetzung erneut mit diesem Geschäft befasst. Wir haben nämlich zwei neue Schulleiter angestellt, und diese sind meiner Meinung nach sehr IT-affin. Vielleicht sehen sie es etwas entspannter als die vorherigen Schulleiter und sind bereit, in einem der Oberstufenschulhäuser mit einer Klasse einen Pilotversuch zu starten, welche die Notebooks nach Hause nehmen können. Vielleicht stellt man dann fest, dass es gar keine so komplizierte Lösung braucht, die so umfangreiche Vorarbeiten voraussetzt. So könnte man den Abteilungsleiter Bildung auch wieder etwas entlasten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: *Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und schliesslich weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.*

Fraktionserklärungen

Vanessa Legler (SP): Keine Angst, ich halte mich kurz. Die Temperaturen sind hoch, die Traktandenliste noch lang. Wir von der SP-Fraktion unterstützen dieses Postulat. Wir wollen unterstreichen, wie wichtig es ist, dass alle die gleichen Möglichkeiten haben. Heute gibt es im IT-Bereich verschiedene Programme oder Betriebssysteme. Wer selbst Kinder zuhause hat, weiss, dass es häufig Streit um die Laptops gibt.

Nicht alle haben dieselben Möglichkeiten, mehrere Geräte zuhause zu haben. Mit der heutigen Digitalisierung ist es nicht mehr möglich, schulisch etwas zu tun, ohne diese Geräte zur Verfügung zu haben. Deshalb unterstützen wir das Postulat. Wir finden auch, in einer Gemeinde wie Muri-Gümligen sollte das eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

Keine weiteren Wortmeldungen; Christa Grubwinkler (GR) und Patricia Messerli (Postulantin) verzichten auf ein Schlusswort.

Der Zwischenbericht zum Postulat forum «Verwendung von Notebooks ausserhalb der Schule» wird zur Kenntnis genommen.

10. Motion SVP / FDP zum teilweisen Ausgleich der kalten Progression durch die Erhöhung der amtlichen Werte

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor. Zur Auskunftserteilung ist Sascha Balmer, Finanzverwalter, anwesend.

Stephan Lack (GR): Ja, die kalte Progression passt nicht so zur Zimmertemperatur. Der GR hat sich detailliert mit der vorliegenden Motion befasst. Ich nehme es vorweg: Er kam zum Schluss, dass wir nicht empfehlen können, sie zu überweisen. Einerseits ist das Argument der Motionäre nachvollziehbar, dass eine amtliche Neubewertung auf Basis der gleichen Steueranlage zu einer höheren Belastung führt. Das ist nachvollziehbar. Andererseits ist es eben auch gerade die Idee der allgemeinen Neubewertung 2020, dass sich diese Liegenschaften kantonal in einer gleichen Bandbreite bewegen. Anzustreben ist gemäss Kanton ein Zielmedianwert über den ganzen Kanton von 70 Prozent des Verkehrswerts. Es ist richtig, dass die amtlichen Werte in der Gemeinde Muri um rund 37 Prozent gestiegen sind. Das stimmt. In der Stadt Bern waren es sogar etwas mehr, nämlich 41 Prozent. Die letzte allgemeine Neubewertung geht aber auf das Jahr 1999 zurück, und wir alle wissen, wie sich die Preise der Immobilien in den letzten 24 Jahren bewegt haben. Ich könnte also ketzerisch auch sagen, eine Korrektur sei sehr spät erfolgt. Die Hauseigentümer wurden tendenziell jahrelang zu wenig belastet. Man könnte es auch so sagen, wenn man es etwas böse formulieren möchte. Letztlich muss auch gesagt werden, dass die Gemeinde, wie man in der Zusammenstellung sehen konnte, mit dem Ansatz von 0,7 Promille unter den vergleichbaren ernstzunehmenden Gemeinden doch sehr tief dasteht. Ich denke, sie ist bezüglich Liegenschaften steuerattraktiv. Last but not least war für den GR und für mich als Finanzchef – der Finanzverwalter ist ebenfalls anwesend – ein sehr starkes Argument, dass es um CHF 1,5 Mio. geht. Ich darf nicht das Budget vorwegnehmen. Es kommt im September in den GR und im Oktober in den GGR. Aber ich gehe nicht davon aus, dass wir CHF 1,5 Mio. zu viel haben, im Gegenteil. Denken wir daran, was auf uns zu kommt. Wir haben heute Abend ein «Tütschi» verabschiedet, und es kommen noch mehr. Es sind ein paar in der Pipeline. Ich sehe es nicht so rosig und empfehle Euch ernsthaft, auf die Senkung der Liegenschaftssteuer von 0,7 Promille auf 0,4 Promille zu verzichten.

K. Urs Grütter (Motionär): Der GR spricht von mir aus gesehen an der Sache vorbei. Lasst mich einen Vergleich machen. Wir sind in einem Ferienlager und haben dem Koch gesagt, die Suppe sei versalzen. Jetzt kommt der Koch und erklärt uns, dass Salz diese oder jene chemische Zusammensetzung habe, noch etwas Jod und Fluor drin sei, dass alles wahnsinnig gesund sei, dass das Salz von irgendwo

herkomme, von den schweizerischen Rheinsalinen et cetera. Aber darüber, dass zu viel davon in der Suppe ist, wird nichts gesagt. Es schleckt keine Geiss weg, dass die Liegenschaftsbesitzer mit der kalten Steuererhöhung rund CHF 1 Mio., nicht CHF 1,5 Mio., mehr an Liegenschaftssteuer abdrücken müssen. Wie viel sie auch noch an zusätzlicher Vermögenssteuer abdrücken müssen, haben wir in der Motion vorgerechnet. Wir haben das Gefühl, wenn man schon 7 Steuerzehntel oder CHF 21 Mio. Eigenkapital ausweist respektive 4 Steuerzehntel mehr, als man eigentlich in den Eckwerten hat, muss man nicht auch noch bei der Liegenschaftssteuer eine versteckte Steuererhöhung machen.

Wir Motionäre bitten Euch deshalb, diese Motion zu überweisen.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und schliesslich weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Hilmi Gashi (Grüne): Es ist etwas heiss, und trotzdem muss man sich bei diesem Geschäft etwas Zeit nehmen zu überlegen, was hier vorliegt. Wir von der Fraktion Grüne folgen dem Antrag des GR. Wir danken ganz herzlich für die sorgfältige, fundierte und nachvollziehbare Antwort auf diese Motion. Wir werden der Empfehlung folgen, die Steuersätze so zu lassen, wie sie sind. Weshalb kommen wir zu dieser Einschätzung? In der Motion wird die kalte Progression erwähnt. Sie wird auch in der Antwort des GR erwähnt. Dort steht: «Der Regierungsrat bereitet die notwendigen Erlasse vor, um aufgrund der Teuerung der letzten Jahre die kalte Progression auszugleichen. Nach den Bestimmungen des Steuergesetzes ist per 1. Januar 2024 eine umfassende Anpassung der Tarife, Abzüge und Steuerfreibeträge vorzusehen.» Der Kanton wird in einem halben Jahr einen Vorschlag zur kalten Progression machen. Dass wir als Gemeinde aufgrund der Motion vorschreiben müssen, erachten wir als nicht notwendig. Wir haben es gehört, wir haben sogar tiefere Ansätze als Saanen. Sie erhielten eine etwas höhere Steuererhöhung von rund 156 Prozent. Dort gibt es keine solchen Anträge, um die kalte Progression auszugleichen. Weiter kann die Liegenschaftssteuer im Kanton Bern steuerlich abgezogen werden. Wenn man die Wegleitung zur Steuererklärung anschaut, sieht man, dass die Liegenschaftssteuer von der Einkommenssteuer abgezogen werden kann.

Es ist auch nicht nachvollziehbar, wenn die Motionärinnen und Motionäre sagen, der Ertrag aus den Mieten sinke. Wir erleben das Gegenteil. Wer bei uns eine Wohnung sucht, muss schon fast mit CHF 1700 bis CHF 2000 für eine 3,5- bis 4-Zimmer-Wohnung rechnen. In unserer Gemeinde liegen die Quadratmeterpreise bei CHF 280 pro Jahr. Das sind keine kleinen Erträge. Wenn man sich die Rendite auf dem Markt anschaut, haben die Privaten 6–7 Prozent Rendite für Immobilien. Das sind keine Analysen der Grünen, sondern von den Immobilienbewertungsgesellschaften, von Immoscout oder dem Büro BASS. Die institutionellen Anleger haben sogar zweistellige Renditen aus den Liegenschaften.

Jetzt kommen wir zum Kern des Problems. Wir haben es auch vom Präsidenten der Gemeinde gehört. In unserer Gemeinde müssen in den nächsten Jahren zwei grosse Projekte gestemmt werden, weitere stehen an. Auch wenn wir in letzter Zeit etwas gespart haben, sind diese Investitionen nicht mehr zu bewältigen, ohne dass wir uns verschulden. Wir haben nicht nur Projekte, die wir realisieren müssen, sondern auch laufende Ausgaben. Ohne Aufnahme von Schulden können wir das nicht bewältigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es sind keine Zeiten für Steuergeschenke an die vermögenden Immobilienbesitzenden. Wer heute trotz deren guten Renditen und obwohl sie, wenn ich dich richtig zitiere, seit dem Jahr 1999 von der tiefen Liegen-

schaftssteuer profitiert konnten, Steuergeschenke macht, bereitet den Boden für eine Steuererhöhung für alle, um die künftigen und steigenden Schulden abzubauen. Das wollen wir nicht wirklich.

Matthias Gubler (FDP): Die Fraktion FDP. Die Liberalen Muri-Gümligen hat an der Fraktionssitzung die Antwort des GR auf diese Motion analysiert und besprochen. Zuerst danken wir dem Finanzverwalter und dem GR für die Stellungnahme. Um es vorweg zu nehmen: Wir halten an der Motion fest und werden sie nicht abschreiben. Weshalb? In der Praxis hat sich gezeigt, dass die Erhöhung der amtlichen Werte zum Teil massiv über dem Durchschnitt ist und der amtliche Wert oft nicht weit weg vom Verkehrswert liegt. Das kann ich sagen, weil ich in der Gemeinde viele Steuererklärungen ausfülle und das fast tagtäglich sehe. Die Gemeinde Muri ist zwar im Vergleich zu anderen Gemeinden von massiven Erhöhungen der amtlichen Werte verschont geblieben. Denn sie waren schon vorher hoch, weil wir einen guten Standort haben. Somit kann man eben von einer Steuererhöhung sprechen, die wir hatten und die wir jetzt mit der Senkung des Satzes der Liegenschaftssteuer ausgleichen möchten. Wir wissen, dass grosse Infrastrukturkosten auf die Gemeinde zukommen. Die erwähnte Reduktion um CHF 2,1 Mio. durch diese Motion ist aber bei Gesamterträgen in der Höhe von CHF 45 Mio. im Jahr 2022 ein kleiner Tropfen auf den heissen Stein. Zudem wird uns das zwingen, haushälterisch mit den zukünftigen Projekten und Investitionen umzugehen.

Bernhard Häuselmann (forum): Die Vorredner haben schon wirtschaftliche Aspekte erwähnt. Diese werde ich nicht noch einmal aufgreifen. Aber das forum hat sich noch ein paar andere Überlegungen gemacht. Die Liegenschaftssteuer ist ein alter Zopf, sie geht bis auf das Ancien Régime zurück. Wir haben ein System mit Einkommenssteuern, Vermögenssteuern und Abzügen. Die Liegenschaftssteuer ist eine Vermögenssteuer. Man kann sie abziehen. Weil man sie abziehen kann, ist sie keine echte Steuer. Sie gleicht sich sozusagen selber aus. Spannend ist deshalb an dieser Liegenschaftssteuer eigentlich nur noch die Grundsatzfrage, ob wir sie überhaupt noch erheben oder ob man sie nicht endlich abschafft. Die Kompetenz dafür liegt im Kanton Bern bei den Gemeinden. Das können wir also selber tun. Jetzt bleibt nur noch die Frage: Ist der Zeitpunkt für Steuervorlagen günstig? Wir sitzen immer noch auf CHF 40 Mio. zu viel eingenommenen Steuern. Also wäre dort Handlungsbedarf, wo die zu viel eingenommenen Steuern rasch an unser Steuersubstrat zurückgespielt werden könnten. Die Liegenschaftssteuer ist das falsche Instrument, sie hebelt nicht. Ob ganz abgeschafft oder nur gesenkt, es ist ein unwirksames Geschenk.

Also, wenn schon richtig Steuern senken, dann bei den Einkommen. Aber das ist auch kein Ausweg. Den zu viel eingenommenen CHF 40 Mio. Steuern stehen nämlich CHF 50 Mio. zu wenig ausgegebene Ersatzinvestitionen bei unseren Liegenschaften gegenüber. Die Gemeinde hat überhaupt keinen Spielraum für wirksame Steuersenkungen. Sie muss jetzt endlich investieren. Es wäre aus Sicht des forums ein sehr schlechtes Signal, parallel zu den seriellen Schulhausanierungen, die anstehen, überhaupt eine Steuersenkung vors Volk zu bringen. Sehr wahrscheinlich würde gerade diese Steuersenkungsvorlage erst noch gleichzeitig mit der Vorlage zur Sanierung der Schulanlage Melchenbühl zur Abstimmung kommen – schwierig zu erklären.

Das forum schliesst sich aus all diesen Überlegungen dem Antrag des GR an, diese Motion nicht zu überweisen.

Luc Arnold (SP): Vieles wurde schon gesagt. Deshalb möchte ich nur den aus unserer Sicht wichtigsten Punkt betonen, die Gemeindefinanzen. Muri-Gümligen steht vor Jahren mit sehr hohen Investitionen. In den nächsten Jahren werden wir Gesamtinvestitionen tätigen, welche die Höhe der Betriebserträge eines Jahrs der Gemeinde Muri-Gümligen umfassen. Die Finanzierung dieser Investitionen wird sich

negativ auf unsere Verschuldung auswirken, auf eine Verschuldungssituation, die eh schon angespannt ist. Wieso zum jetzigen Zeitpunkt und unter Berücksichtigung der genannten Punkte über eine Senkung der Liegenschaftssteuern nachgedacht wird, erschliesst sich der SP-Fraktion nicht.

Wir werden in diesem Sinn unsere Verantwortung wahrnehmen, dem Antrag des GR folgen und die Motion nicht überweisen.

Keine weiteren Wortmeldungen; K. Urs Grütter (Motionär) und Stephan Lack (GR) verzichten auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Beschluss (19 Ja / 17 Nein / 0 Enthaltungen)

Überweisung der Motion SVP / FDP zum teilweisen Ausgleich der kalten Progression durch die Erhöhung der amtlichen Werte.

11. Postulat forum: Vorgehen betreffend die Einführung eines durchlässigen Schulmodells an der Sekundarstufe 1

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor.

Christa Grubwinkler (GR) verzichtet auf das Wort.

Walter Thut (forum): Das forum wird der Überweisung und Abschreibung des Postulats zustimmen. Ich denke, diese Geschichte ist vorbei. Wenigstens hoffen wir, dass sie vorbei ist. Wir wünschen uns, dass die Lehrpersonen in der gegenwärtigen Situation mit ihren Arbeitsbedingungen zufrieden sind und die Veränderungen mittragen können, die bereits anklingen und bei denen sie wissen, wo sie hinführen. Unter Alinea d haben wir gewünscht, Informationen zu erhalten. Sie sind im Wesentlichen enthalten. Ich denke, wir werden erneut davon hören, entweder über das Buschtelefon oder offiziell. Wir wünschen Christa bei der Fortsetzung dieses Umbaus alles Gute.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und schliesslich weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Simon Eugster (FDP): Für die Fraktion FDP ist absolut unbestritten, dass wir zu den Schulen Sorge tragen müssen. Zur Opportunität der längst beschlossenen Schulstufen-Zusammenführung nur so viel: Es geht primär darum, dass für alle Schülerinnen und Schüler in Muri die gleichen Übertrittsbedingungen herrschen. Das ist heute nicht der Fall. Wir haben hier im Moos und etwas mehr als einen Kilometer von hier entfernt im Seidenberg aktuell zwei Kollegien mit Mittelstufe und Oberstufe, die zwei unterschiedliche Kulturen, zwei Arten, das Übertrittsverfahren zu leben, haben. Das ist die Situation. Sekundär geht es bei dieser Schulstufen-Zusammenführung auch darum, dass die Durchlässigkeit auf möglichst effiziente Weise mit möglichst kurzen Wegen, im eigentlichen und im übertragenen Sinn, sichergestellt werden kann. Damit diese beiden übergeordneten Ziele, nämlich Gerechtigkeit im Übertrittsverfahren und einfache Wege, erreicht werden können, müssen zwei Kollegien und zwei unterschiedliche Schulhauskulturen neu

zusammengestellt werden. Das tut weh, aber es ist so. Mittlerweile haben die Spielenden, welche die neuen Spielregeln nicht akzeptieren können, das Spielfeld konsequenterweise verlassen. In der Bildungsverwaltung und an der Spitze der Mittel- und Oberstufe ist der Neustart mit den neuen Spielern gelungen. Dafür müssen wir dem GR und insbesondere Christa ein riesiges Kränzchen winden. Wir können also das Postulat, das schon bei seiner effekthascherischen Einreichung obsolet war, getrost als erledigt abschreiben.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Christa Grubwinkler (GR): Ich möchte nur kurz an das anknüpfen, was Simon zum Teil schon gesagt hat – merci. Wir sind wirklich gut gestartet. Wir konnten zwei fähige Schulleiter anstellen, die für die beiden Schulhäuser alles tun, bei denen es wegen der angesetzten Schulzusammenführung im Moment etwas mehr Diskussionsbedarf gibt. Sie haben sich schon ein erstes Mal getroffen. Ich konnte leider nicht dabei sein, aber habe sehr gute und schöne Rückmeldungen erhalten. Man beginnt langsam, sich zu finden. Du hast zwar gesagt, es komme viel auf Alain Portmann zu, aber wir sind in stetigem Austausch. Ich habe das Gefühl, dass wir mit der Crew, mit den Bisherigen, von denen wir sehr viel wertvolle Zeit in Anspruch nehmen konnten, und den Neuen, die schon da sind und noch kommen werden, gut aufgestellt sind. Das kommt gut. Ihr werdet weiterhin auf dem Laufenden gehalten. Einen Teil bekommt man auch über die LoNa mit. Wir sind auf einem guten Weg.

Walter Thut (Postulant) verzichtet auf ein Schlusswort.

Beschluss (36 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

1. Überweisung des Postulats forum: Vorgehen betreffend die Einführung eines durchlässigen Schulmodells an der Sekundarstufe 1.
2. Abschreibung des Postulats.

12. **Postulat SP-Fraktion: Jugendgerechte Wahl- und Abstimmungsinformationen**

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen Euch schriftlich vor.

Stephan Lack (GR) verzichtet auf das Wort.

Vanessa Legler (Postulantin): Die Begründung des GR, dass an den Jungbürgerinnen- und Jungbürgerfeiern das Material aufgelegt wird, erscheint uns ein bisschen dünn. Ein niederschwelliger digitaler Zugang für alle stimmberechtigten Personen, die auch zu einer Aktivierung führt, erscheint uns äusserst wichtig. Die Jugendlichen genau dort zu aktivieren und abzuholen und für ein politisches Engagement begeistern zu können, ist wichtig. Wir als Gemeinde Muri-Gümligen möchten doch nicht als alte verstaubte Gemeinde gelten. Wieso dann nicht auch eine Vorreiterinnenrolle übernehmen und die Jungen dazu aktivieren? Es sollte im Interesse von allen sein, Partizipation und politisches Interesse zu fördern. Politik sollte attraktiver und dadurch auch einfacher verständlich werden. Aus unserer Sicht ist es für jegliche Altersgruppe gleich wichtig, ihre Meinung abzuholen. Egal, ob sie noch jünger sind und weniger Lebenserfahrung haben oder auch älter. Vielleicht ein etwas kontroverser Gedanke: Sollte es auch ein Höchstalter fürs Abstimmen geben? Die SP-Fraktion stellt Antrag auf getrennte Abstimmung. Wir sind für die Annahme des 1. Punktes und für die Ablehnung des 2. Punktes.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und schliesslich weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Fraktionserklärungen; keine weiteren Wortmeldungen; Stephan Lack (GR) und Vanessa Leger (Postulantin) verzichten auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Beschluss

1. Überweisung des Postulats SP-Fraktion: Jugendgerechte Wahl- und Abstimmungsinformationen (30 Ja / 4 Nein / 2 Enthaltungen).
2. Abschreibung des Postulats (18 Ja / 16 Nein / 2 Enthaltungen).

13. Interpellation Grossenbacher (Grüne) / Schnyder (SP) / Grossen (forum): Stand der Umsetzung Legislaturziele Langsamverkehr

Die Antwort des GR liegt schriftlich vor.

Markus Bärtschi (GR) verzichtet auf das Wort.

Gaby Grossen (Interpellantin): Eine kurze heisse Wortmeldung. Im Namen von uns drei Interpellantinnen danke ich Markus Bärtschi und seinem Team für diese Stellungnahme des GR, und die, wie es heisst, «ausnahmsweise möglichst detaillierte» Berichterstattung zum Stand der Umsetzung der Legislaturziele im Bereich Langsamverkehr. Dieser detailreiche Halbzeit-Legislaturbericht schafft effektiv Vertrauen. Trotzdem möchten wir kurz zwei Dinge speziell erwähnen. Einerseits freut es uns, dass die Fusswegverbindung im Entwicklungsgebiet Lischenmoos in der Zone mit Planungspflicht (ZPP) Lischenmoos integriert ist. Das ist ganz im Sinn der Förderung des Langsamverkehrs. Andererseits ist der Wunsch nach der Durchwegung der Schürmatte, Punkt F2.1 der Unterlagen, seit Jahren auf der Warteliste. Von einem Dauerbrenner können wir deshalb nicht sprechen, da die Gesamtplanung Schürmatte in absehbarer Zeit gar nicht geplant ist. Aber wir alle wissen ja: Die Hoffnung stirbt zuletzt. In diesem Sinn, nochmals ein herzlicher Dank für die detailreiche Stellungnahme.

Die schriftliche Stellungnahme des GR wird zur Kenntnis genommen.

14. Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen

Gabriele Siegenthaler (GR): Ich möchte kurz darüber informieren, dass unsere Mondnacht dieses Jahr am 8. September stattfindet und ein regionales Mäntelchen anzieht. Es hat insgesamt 19 Gemeinden, die dieses Jahr bei der Pilotausgabe von «Die Nacht ist schön» im Kanton Bern mitmachen. Ihr werdet die Informationen auf der Webseite finden. Ich freue mich sehr, dass es gelungen ist und nun rund 20 Gemeinden mitmachen, die allermeisten, indem sie ihre öffentliche Strassenbeleuchtung abstellen. Das wird auch bei uns in der Gemeinde der Fall sein. Sprich, am 8. September abends wird die öffentliche Strassenbeleuchtung für eine Nacht

nicht eingeschaltet. Es gibt entsprechende Sicherheitsmassnahmen, die mit dem Ressort von Markus Bärtschi abgesprochen sind. Ich würde mich sehr freuen, wenn Ihr an diesem Abend den Weg an die eine oder andere Veranstaltung finden würdet.

Martin Häusermann (GR): Ich möchte kurz etwas zum Flyer sagen, der vor Euch auf dem Tisch liegt und diese Woche mit den LoNa verteilt wird. Der GR hat vor den Sommerferien beschlossen, dass wir uns den «netten Toiletten» anschliessen. Wir anerkennen das Konzept. Passanten können Toilettenanlagen kostenlos und ohne Konsumations-zwang nutzen. Die Gemeinde hat mit den Anbietern Vereinbarungen geschlossen und entschädigen sie für den zusätzlichen Aufwand. Alles Wichtige findet Ihr im Flyer, die Standorte und weitere Hinweise. Selbstverständlich ist alles, was hier drinsteht, auch digital verfügbar. Ihr könnt dazu die App herunterladen.

15. Neue parlamentarische Vorstösse

Interpellation forum: «Einstiegsstellen für Aare-Schwimmer»

Bei der Renaturierung zwischen der Auguetbrücke und dem Muribad wurden die Buhnen rückgebaut und die Ufergestaltung weitgehend der Erosion überlassen. Zwischen dem Muribad und der Auguetbrücke sind unterdessen alle gefahrlosen Einstiegsstellen für Aareschwimmer verschwunden und neue gefahrlose Einstiegs-Alternativen nicht entstanden.

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wo stehen die Arbeiten am neuen Uferschutzplan?
2. Welche sicheren Einstiege für Aareschwimmer (primär für solche aus dem Muribad) sind im Uferschutzplan vorgesehen und wann werden sie gebaut?
3. Welche provisorischen Massnahmen können im Winter 23/24 umgesetzt werden?
4. Was sind die Alternativen zur Gewährleistung von sicheren Einstiegsstellen?

Muri-Gümligen, 22. August 2023

Bernhard Häuselmann / Walter Thut

M. Koelbing, G. Grossen, P. Messerli, S. Fankhauser, K. Schnyder, A. Zaccaria, L. Arnold, V. Legler, Ch. Lucas, H. Gashi, K. Stein, M. Gubler, E. Zloczower, D. Arn, Chr. Spycher, Ch. Siebenrock, A. Scherrer, R. Buff, R. Lütolf, U. Grütter, R. Lauper, A. von Gunten, L. Bircher, K. Künti, R. Mäder (27)

Einfache Anfrage SVP-Fraktion betreffend Fachstelle für Altersfragen

Der Gemeinderat von Muri b. Bern wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

- Trifft es zu, dass die Nachfolgerin der bisherigen Fachstellenleiterin nach kurzer Zeit gekündigt hat?
- Kann der Gemeinderat über die Gründe der überraschenden Kündigung informieren?
- Wird die Stelle neu ausgeschrieben?
- Sind die Strukturen der Fachstelle und die Zuständigkeiten klar definiert? (Unklare Unterstellungen Alenia, Soziale Dienste)
- Besteht ein Pflichtenheft für die Fachstelle?
- Wie ist die Zusammenarbeit mit anderen Playern im Altersbereich geregelt?

Muri b. Bern, 22. August 2023

Fraktion SVP

Mitteilungen

Die Vorsitzende: Wir kommen zum Schluss der Sitzung. Ich darf Euch eine Vorinformation zum Masterplan Nutzungsplan «Fünf-Eck» geben. Am 17. Oktober findet um 18 Uhr eine Veranstaltung dazu statt, voraussichtlich im Foyer des Mattenhofsaals. Die Einladung folgt. Die nächste Sitzung findet am 19. September statt. Eine letzte Information zu unserem Parlamentsausflug, der schon bald stattfindet: Johannes Matyassy, Präsident des Hauses für Religionen, der heute anwesend ist, konnte sein Programm und das Programm des Vorstands des Hauses der Religionen anpassen. Er wird am Parlamentsausflug um 17.30 Uhr zum Apéro stossen und uns willkommen heissen. Das bedeutet, dass sich das ganze Programm um rund eine halbe Stunde nach hinten verschiebt. Die Rundgänge finden um 18 Uhr statt, das Essen um 19.30 Uhr. Wer bereits um 17 Uhr vor Ort ist, verdurstet nicht, der Apéro beginnt dann. Ich freue mich, Euch dort begrüßen zu dürfen. Und jetzt freue ich mich auch auf unseren Umtrunk. Das forum hat ihn unten beim Eingang bereitgestellt, sodass Ihr je nach Bedürfnis nach Kühle rein- und rausgehen könnt.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN

Die Präsidentin: Die Protokollführerin:

Karin Künti

Corinne Schweizer